Bericht zum Prozess gegen den ROTEN MORGEN S.6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 30 vom 26. Juli 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Entspannung und Sicherheit in Europa?

Eine Lüge der beiden Supermächte

In Genf, wo die „Europäische Sicherheitskonferenz" zwei Jahre lang getagt hat, werden die letzten Vorbereitungen getroffen, um den Vorhang zum letzten Akt des Schauspiels zu öffnen, einem abschließenden spektakulären Treffen auf höchster Regierungsebene der 35 teilnehmenden Staaten.

Wie wenig aber sogar viele Konferenz-Teilnehmer der Konferenz und den Schlußdokumenten trauen, zeigt der Vorschlag, den einige britische Delegationsteilnehmer am Rande der Konferenz, wenn auch nicht ernsthaft, für den Vorspann der Schlußdokumente machten: „Insoweit diesen Dokumenten irgendeine Bedeutung beizumessen ist, bringen die teilnehmenden Staaten hiermit allgemein zur Kenntnis, daß sie zu nichts verpflichtet sind." Was die britischen Delegierten damit zum Ausdruck brachten, ist, daß für die beiden Supermächte diese Schlußdokumente soweit Bedeutung haben, wie sie ihren Interessen dienen, im übrigen aber für sie ein Fetzen Papier sind, den man jederzeit zerreißen kann.



Gewiß, Kremlführer wie Schitikow finden große Worte für die Schlußdokumente: sie seien „Siege der Ideale des Friedens und der Vernunft". Doch stets haben die Imperialisten ihre Verträge und Abkommen gefeiert, bevor sie sie wie einen Fetzen Papier behandelten, seien es die russischen Sozialimperialisten gegenüber der Tschechoslowakei oder die US-Imperialisten gegenüber dem Pariser Vietnam-Abkommen. Und das ist auch nicht anders mit den Dokumenten der „KSZE"-Konferenz.

Was „Sicherheit" und was „Entspannung" in Europa heißt, das diktieren die beiden Supermächte – so war es von Anbeginn der Konferenz und so wollen es die beiden Supermächte auch nach Abschluß der Konferenz aufrechterhalten. Doch wehe, die Realitäten kommen auf den Tisch. Was war denn, als das kleine Land Malta mutig seine Stimme noch einmal am Ende der Konferenz in Genf erhob und forderte, daß in die Dokumente aufgenommen werden muß, daß beide Supermächte im Mittelmeer ihre immer größer werdenden Flottenverbände reduzieren sollten? Bei den Vertretern der beiden Supermächte schrillten die Alarmglocken, drohte doch ein kleines Land am Schluß das ganze Friedensgeschrei vollends als Farce zu entlarven, indem es die Supermächte anklagte, für Spannung und Unsicherheit verantwortlich zu sein. Mit allen Mitteln des politischen Drucks, der Mobilisierung der verschiedensten Teilnehmerdelegationen gelang es beiden Supermächten, die Forderung Maltas abzuschwächen, ihr die Spitze zu nehmen, indem es nun im Katalog zur Mittelmeerfrage allgemein heißt, daß die Flotten im Mittelmeerraum reduziert werden sollten. Den Standpunkt der Moskauer Kremlführer konnte man wie üblich der D„K"P-Zeitung UZ entnehmen: „Fragen dieses Bereiches jedoch gehören nicht zum Themenkomplex der Europäischen Sicherheitskonferenz". Und was ist mit der Forderung, die Rumänien bereits zu Beginn der Konferenz erhob, daß von allen Territorien die fremden Truppen abgezogen werden sollen? Sie wurde von den Kremlführern vom Tisch gewischt.

Was aber soll denn wohl die Sicherheit garantieren, wenn nicht der Abzug aller Truppen der Supermächte und ihrer Militärblöcke von fremden Territorien, wo sie stehen, um andere Länder unter Druck zu halten und ihre Vorherrschaft aufrechtzuerhalten und auszuweiten? Wer denn ist vor allem die Quelle von Unsicherheit und Spannungen in der Welt, wenn nicht die beiden Supermächte, die auf der ganzen Welt die Völker bedrohen und heftig miteinander um die Weltherrschaft ringen? Ob Kambodscha und Vietnam, ob Naher Osten oder Zypern, überall sind sie es, die die Widersprüche schüren, um darauf ihr Süppchen zu kochen, Vorteile für ihre Vorherrschaft herauszuziehen. Sind sie es, die offen gegen die Völker vorgehen. Und sie sind es auch, die vor allem die Unsicherheit und Spannungen in Europa, die wachsende Kriegsgefahr heraufbeschwören in ihrem unversöhnlichen Kampf um die Vorherrschaft. Gerade sie wollen nun die Garanten von Frieden und Sicherheit sein?

Fortsetzung auf Seite 2

Ford in Bonn

Amis raus aus Westdeutschland

Gerald Ford, derzeit Oberhaupt der US-Imperialisten und damit oberster Chef der Besatzungstruppen in Westdeutschland, hält sich vom 26. bis 28. Juli in Bonn auf, bevor er dann zur Abschlußkonferenz der KSZE nach Helsinki weiterreisen wird. Sein Besuch bei seinem engsten Bündnispartner in Europa, bei den westdeutschen Imperialisten, soll noch einmal vor Beginn der Abschlußkonferenz in Helsinki bekräftigen, daß die USA nach wie vor als Oberherr Westeuropas angesehen werden wollen.

Ford geniert sich dabei nicht, den US-Imperialismus als „Schutzengel" Westeuropas gegenüber dem russischen Sozialimperialismus und seinen Plänen hinzustellen. In seiner „Sorge" war Ford vor kurzem sogar soweit gegangen, damit zu drohen, als erster Atomwaffen auf Europa zu werfen – um wen zu schützen? Die Völker Europas gewiß nicht.

Fords Atomdrohungen, die er vor kurzem gegen Europa ausstieß, haben erneut nachhaltig gezeigt, daß die US-Imperialisten nicht einmal im Traum daran denken, die Interessen der Völker in Europa zu vertreten, sondern daß sie mit ihren Atomdrohungen nichts anderes als ihre eigene imperialistische Oberherrschaft in Westeuropa gegenüber dem russischen Sozialimperialismus beanspruchen wollen. Die Bevölkerung in unserem Land spürt das sehr wohl. Das zeigt sich in ihrem berechtigten Haß gegen die Besatzertruppen, gegen ihr arrogantes Verhalten, ob in Frankfurt, Heidelberg oder Westberlin, zeigt sich in ihrem gerechten Kampf gegen Truppenübungsplätze der Besatzertruppen.

Daß Ford ausgerechnet in Westdeutschland Zwischenstation macht, bevor er nach Helsinki weiterreist, ist kein Zufall. Für den US-Imperialismus ist Westdeutschland aus mehreren Gründen wichtig. Einmal ist es natürlich das direkte Aufmarschgebiet gegen den Herrschaftsbereich des russischen Sozialimperialismus, zum anderen aber auch spielt der in Westeuropa erstarkende westdeutsche Imperialismus eine wichtige politische Rolle für die US-Imperialisten, die versuchen, sich Bonn als

Fortsetzung auf Seite 2

Fahrpreiserhöhungen

Staatliche Ausplünderung der Werktätigen

In den meisten Städten Westdeutschlands werden die Fahrpreise ungeheuer in die Höhe getrieben. Militant kämpft ein Teil der Bevölkerung gegen diese staatliche Ausplünderung. In Köln, Frankfurt und Stuttgart gingen in der letzten Woche tausende Demonstranten auf die Straße. In Heidelberg gab es erst vor kurzem riesige Straßenschlachten.

Die hohe Entwicklung der Industrie, die Konzentration von Tausenden von Arbeitern in Großbetrieben, die Errichtung von Trabantenstädten und reinen Geschäftsvierteln in den Stadtkernen machen ein aufwendiges Verkehrssystem im Kapitalismus notwendig, damit die Arbeiter und die übrigen Werktätigen in die Fabriken zu ihrer Arbeit kommen. Dieses aufwendige Verkehrssystem dient in erster Linie den Kapitalisten und nicht den Grundbedürfnissen der Menschen.

Obwohl die Bevölkerung unverschämt hohe Steuern zahlen muß, von denen die Verkehrsmittel finanziert werden müßten, wird der Bevölkerung mit Fahrpreiserhöhungen bis zu 50% das Geld aus der Tasche gezogen. Das ist nichts anderes als Lohnraub. Einerseits werden fast jedes Jahr die Fahrpreise erhöht, so daß eine mehrköpfige Familie, wenn sie in die Stadt fahren will, schon zwischen 10 und 20 DM hinblättern muß, um hin und zurück zu fahren. Gleichzeitig werden sogar noch Verkehrsverbindungen eingestellt oder mit weniger Bussen besetzt, so daß man spät abends überhaupt nicht mehr wegkommt, und an den Haltestellen lange Wartezeiten hat. Zu den Stoßzeiten, wenn die Werktätigen zur Arbeit gehen oder kommen, sind die Busse voll, daß man dicht gedrängt eng aneinander steht und kaum noch Luft bekommt. Hat man noch Taschen vom Einkaufen dabei oder einen Kinderwagen, so treten noch zusätzliche Schwierigkeiten auf. So kommt man nicht mit jedem Bus mit, weil vielleicht schon ein Kinderwagen darin ist, oder der Bus überfüllt ist. Zu abgelegenen Ortschaften fährt teilweise am Tag nur ein- oder zweimal ein Bus, so daß die Menschen gerade zur Arbeit fahren können, ansonsten sind sie abgeschnitten, wenn sie kein Auto besitzen. Den Kapitalisten ist es vollkommen egal, wie die Menschen zur Arbeit kommen, Hauptsache, sie kommen irgendwie hin, und sei es noch so menschenunwürdig. Dabei müssen sie teilweise lange Fahrzeiten und hohe Kosten in Kauf nehmen, die sie meist nicht ersetzt bekommen.

Die Kaufhauskonzerne verlangen natürlich auch von der Stadt, daß entsprechende Verkehrsverbindungen geschaffen werden, denn sie wollen ihre Ware absetzen.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Erwitte: Keine Garantie für Arbeitsplätze 3
Werkschutz entführt Genossen aus der Tram 3
DDR-Regime plündert ausländische Arbeiter aus 4
Zigarettenkonzerne begehen Millionenbetrug 4
32. Gründungstag der albanischen Volksarmee ... 5
Die Volksmassen bauen das befreite Kambodscha auf 5
ROTER MORGEN vor Gericht ... 6
Genosse Schorsch im Gefängnis ... 7
Hirohito-Prozeß 7
Prozeß gegen Martin Peleikis 7
Solidarität mit Paul Pittam 7
In Gefängnissen der DDR: Terror gegen Kommunisten 8
Gespräch mit Genossen aus der CSSR . 8
Sowjetunion: ein durch und durch kapitalistischer Staat 8
Gemeinsame Erklärung der KPSp/ML und der KPD/ML ... 9

K.S.Z.E.

Fortsetzung von Seite 1

Na gut, mag jemand sagen, da habt ihr Recht, von Sicherheit kann keine Rede sein. Aber ist es nicht immerhin ein Fortschritt, daß alle an einem Tisch sitzen und miteinander verhandeln?

Aber wer sitzt denn da an einem Tisch. Sind es etwa die Völker? Nein, sie sind es nicht. Das ist auch der Grund, warum in dieser Runde das einzige Land Europas, in dem das Volk die Macht hat, die Volksrepublik Albanien, nicht vertreten ist. Die Volksrepublik Albanien hat von vornherein die „Sicherheitskonferenz" als Betrugsmanöver der beiden Supermächte entlarvt und den Völkern den richtigen Weg gewiesen: Daß nur die Völker selber im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus Frieden und Sicherheit in Europa erkämpfen können.

Aber sind nicht die engen Verbindungen unter den USA und der Sowjetunion sowie zwischen den von ihnen beherrschten Ländern West- und Osteuropas immerhin eine geringe Sicherheit gegen den Krieg? Ist es daher nicht doch gut, daß die Imperialisten sich zusammensetzen? Keineswegs! Die Behauptung der Revisionisten, daß wirtschaftliche „Zusammenarbeit" der Entspannung diene, ist vielmehr eine durchtriebene Lüge!

Warum haben sich denn die Vertreter beider Supermächte in Genf zusammengesetzt? Nicht nur, um Friedenstheater aufzuführen, sondern auch um miteinander zu schachern, zu schachern um gegenseitige Vorteile, mit dem Ziel, den anderen übers Ohr zu hauen, in seinen Herrschaftsbereich eindringen zu können. Die Phrasen von den „friedlichen Wirtschaftsbeziehungen", vom „Austausch von Kultur und Information" – das sind in Wahrheit nichts anderes als Versuche der beiden Supermächte, Wege zu schaffen, um sich gegenseitig wirtschaftlich, politisch und ideologisch zu durchdringen, jeweils in den Herrschaftsbereich des anderen zu gelangen, um dort den eigenen Einfluß auszubauen, in der Hoffnung, das Kräfteverhältnis zu den eigenen Gunsten verändern zu können. Dem eben dient es, wenn die russischen Sozialimperialisten mit ihren Wirtschaftsverträgen versuchen, in die westeuropäische Wirtschaft einzudringen, Wirtschaftszweige wie die Stahlerzeugung oder den Energiemarkt in ihre Abhängigkeit zu bringen. **Hier geht es nicht im geringsten um „friedliche Zusammenarbeit", sondern um die dem Imperialismus eigene Konkurrenz bis aufs Messer, um die Aufteilung der Einflußsphären, die entschieden wird durch das Kräfteverhältnis der Imperialisten. „Denn unter dem Kapitalismus ist", wie Lenin feststellte, „für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die der Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke nicht denkbar." Und hat sich durch die Konkurrenz, durch den Kampf auf wirtschaftlicher und politischer usw. Ebene das Kräfteverhältnis gewandelt, so gibt es als Lösung für die Imperialisten notwendigerweise nur den Krieg. Wie Lenin sagt: „Sobald sich aber die Kräfteverhältnisse geändert haben, wie können dann unter dem Kapitalismus die Gegensätze anders ausgetragen werden als durch Gewalt?" Denn kein Imperialist wird friedlich auf seine Kolonien verzichten. Diese Gewalt aber ist der imperialistische Krieg, in dem es um die Neuaufteilung der Welt unter den Imperialisten geht.**

Das aber heißt, daß die Konferenzen der beiden Supermächte, ihr Schacher um Vorteile auf Kosten des jeweils anderen, nichts anderes als bereits der Krieg mit noch relativ friedlichen Mitteln zwischen ihnen ist, oder umgekehrt, daß diese Rivalität unbedingt früher oder später zum militärischen Krieg führen muß. Und genau das bestätigt auch die Entwicklung der über zweijährigen „Sicherheitskonferenz". Je mehr die Verbindungen zwischen den beiden Supermächten und ihren Einflußbereichen zugenommen haben, je mehr wirtschaftliche, politische, kulturelle und andere Beziehungen sich vertieft haben, je mehr die russischen Sozialimperialisten im Westen eindrangen und die US-Imperialisten ihren Einfluß im Osten Europas auszubauen suchten, desto mehr verschärfte sich die Rivalität zwischen beiden Supermächten, desto beschleunigter trieben sie ihre Rüstung voran, desto offener drohten sie sich gegenseitig. Wobei das Kräfteverhältnis zwischen beiden Supermächten in Europa nicht das gleiche geblieben ist, sondern sich mehr und mehr zugunsten des äußerst aggressiven russischen Sozialimperialismus wendet, die Frage der Neuaufteilung der Herrschaftsbereiche, die Frage des imperialistischen Krieges immer mehr auf die Tagesordnung rückt.

Wer angesichts dieser für die Völker Europas und der ganzen Welt drohenden Situation den Völkern Europas rät, den beiden Hauptkriegstreibern auch noch die Sicherheit Europas anzuvertrauen, wer angesichts dieser Situation den kleinen, relativ schwachen Ländern rät, abzurüsten, während die beiden Supermächte wie wahnsinnig aufrüsten, der ist ein Verbrecher übelster Art im Dienste des Imperialismus. Das aber tun die modernen Revisionisten, in unserem Land, die D„K"P, wenn sie behaupten, „Ostverträge sichern Frieden und Arbeitsplätze", wenn sie behaupten, daß die Imperialisten für Entspannung seien, daß sie vernünftig und gegen den Krieg seien. Mehr noch: Sie besitzen geradezu die Unverschämtheit, diejenigen, die die Gefahr des drohenden Krieges aufzeigen, zum „kalten Krieger" zu stempeln, in der Hoffnung, so jeden Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen Moskaus zu brechen. Und wer behauptet, daß es eben die russischen Sozialimperialisten sind, die von dieser „Sicherheitskonferenz" am meisten profitiert haben, die ihren Einfluß am gefährlichsten ausgeweitet haben, der betreibt für die Revisionisten angeblich „friedensfeindliche Wühlarbeit". **Das heißt in der Tat die Wirklichkeit auf den Kopf stellen! Nicht der, der Unsicherheit schafft, einen Weltkrieg vorbereitet, ist „Friedensfeind", sondern derjenige, der auf diese Gefahr hinweist, um dagegen Vorbereitungen zu treffen. Das sind nicht etwa zufällige Fehler der D„K"P-Revisionisten, sondern das ist ihre Linie, für deren Propagierung sie von Moskau ausgehalten und bezahlt werden.**

Das aber ist nicht der Weg der Völker Europas! Enver Hoxha, der Vorsitzende der Partei der Arbeit Albaniens, sagte dazu: **„Die Völker Europas wollen nicht die Komplizen der beiden imperialistischen Großmächte gegen ihre eigenen höchsten Interessen werden. Sie wollen nicht das Spiel der Supermächte mitmachen, die nur an ihre Einflußbereiche und die Unterjochung und Beherrschung der europäischen Länder denken. Die wahre Sicherheit der Völker kommt nicht von den imperialistischen Großmächten, den Urhebern der Aggression in Vietnam, dem Nahen Osten, der Tschechoslowakei und anderswo, von denen, die ihre Besatzertruppen in vielen Ländern Europas stationiert haben und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und der souveränen Länder mit Füßen treten."** Nicht indem man sich mit den Kriegstreibern in Moskau und Washington an einen Tisch setzt und sich in ihren Lügennetzen einfangen läßt, sondern indem man sich gegen sie zur Wehr setzt, den Kampf aufnimmt, um ihren Ambitionen einen Riegel vorzuschieben, nur so wird man Frieden und Sicherheit näherkommen können. Das allein ist der Ausweg und ist die Aufgabe der Völker, die den wirklichen Frieden und wirkliche Sicherheit wünschen.

Staatliche Ausplünderung der Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

Oft müssen die Frauen, die zum Einkaufen fahren, lange warten, weil relativ wenig Busse fahren. Auch viele Schüler müssen heute täglich mit dem Bus zur Schule fahren, weil die Stadt immer mehr Schulen zusammengefaßt hat. Nicht nur, daß das größere Gefahren für die Kinder bedeutet, die Eltern müssen die Fahrten, wenn auch zu etwas herabgesetzten Preisen, selbst zahlen.

Mit den Fahrpreiserhöhungen sollen die riesigen Defizite im Interesse des „Gemeinwohls" gedeckt werden, behauptet die Bourgeoisie. Aber weder die Verkehrssituation für die Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren verbessert, noch sind die Defizite durch die Preiserhöhungen gesunken. Die Ursache für diese Misere im Verkehrswesen liegt nicht an den „bösen" Absichten einiger Ratsherren, sondern liegt am kapitalistischen System selbst. Die Verschuldung der Verkehrsbetriebe ist ein Ergebnis der Anarchie, die im Kapitalismus herrscht. So sind viele Verkehrsnetze bereits gebaut worden, weil sie für die Interessen der Kapitalisten wichtig waren, die später wieder stillgelegt worden sind. In Köln z.B. sind für 7 Millionen DM U-Bahn-Anlagen gebaut worden, die wieder zugemauert worden sind. So haben manche Verkehrsgesellschaften Straßenbahnen aufgekauft, die sie nach einem Jahr wieder verschrotten konnten, weil sie den Betrieb auf Busse umgestellt haben. Im Kapitalismus ist eine Planung im Interesse des Volkes unmöglich, denn jeder Kapitalist versucht in Konkurrenz zu den anderen auch in der Verkehrsfrage das beste für sich herauszuholen. Einigen Konzernen, wie Siemens, Mercedes und Büssing, schanzt der Staat sogar die Aufträge zu, Verkehrsgesellschaften mit Bussen bzw. elektrischen Anlagen zu beliefern, obwohl sie ungeheuer hohe Preise verlangen.

Nicht die werktätige Bevölkerung ist schuld an der Misere im Nahverkehr, wie die Bourgeoisie es gerne hinstellen möchte, weil die Menschen angeblich in ihr Auto vernarrt sein sollen und nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren wollen, sondern das kapitalistische Ausbeutersystem ist die Ursache dieser Zustände. Deshalb kann ein Verkehrssystem nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung erst im Sozialismus hergestellt werden, wenn die Kapitalistenklasse in der proletarischen Revolution besiegt ist. Das heißt aber nicht, daß wir nicht gegen diese Zustände, gegen diesen Lohnraub durch die Fahrpreiserhöhungen kämpfen werden.

Die modernen Revisionisten der D„K"P fordern, die Kapitalisten sollen einen Nahverkehrsbetrag zahlen und die Kommunen sollen einen größeren Teil des Steueraufkommens erhalten. Diese Forderungen sollen gerade die Illusionen fördern, man könne im Kapitalismus ein Verkehrswesen im Interesse des Volkes aufbauen. Ihre Schlägereinsätze gegen die Demonstranten in Hannover und ihre Aufrufe in Heidelberg, sich doch auf legale Bahnen zu begeben und den militanten Kampf einzustellen, zeigen, auf welcher Seite sie kämpfen.

Im Sozialismus, unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, entspricht das Verkehrswesen erst den Bedürfnissen der Arbeiter und aller Werktätigen. In China gehört der öffentliche Verkehr zu den Grundbedürfnissen der Menschen und kostet entsprechend wenig. Er ist so aufgebaut, daß sich die Menschen schnell, bequem und billig überall hinfahren lassen können. Bereits die Städte selbst werden bewußt nach den Bedürfnissen der Arbeiter und Werktätigen gebaut. Solche riesigen Städte, Wolkenkratzer und Betonwüsten wie bei uns werden in China nicht gebaut, weil sie den Lebensinteressen der Menschen widersprechen.

Kämpfen wir gegen die Erhöhung der Fahrpreise, gegen die staatliche Ausplünderung. Lassen wir uns diese Angriffe auf unsere Lebenslage nicht gefallen.



Bild von den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg.

Kurz berichtet

DORTMUND

„Freiheit für den ROTEN MORGEN" – unter dieser Parole fand am 15. 7. 75, dem ersten Verhandlungstag gegen den ROTEN MORGEN, eine Veranstaltung statt. Viele neue Sympathisanten waren gekommen, um ihre Solidarität mit dem ROTEN MORGEN, seinem Verleger und dem früheren presserechtlich verantwortlichen Genossen auszudrücken, unter ihnen auch einige, die am Morgen am Prozeß teilgenommen hatten und nun ihrer Empörung über die bürgerliche Klassenjustiz Ausdruck gaben.

Nach einem kurzen AP-Stück des Dortmunder Agitproptrupps berichtete Genosse Dieter über den ersten Prozeßtag. Dann hielt Genosse Gernot Schubert eine Rede, in der er die Bedeutung dieses ersten Prozesses gegen den ROTEN MORGEN erklärte. (Siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 6). Genosse Gernot zeigte, daß die Bourgeoisie heute den ROTEN MORGEN deshalb immer stärker verfolgt, daß heute bereits mehr Nummern des ROTEN MORGEN vom Verbot bedroht sind als bei jeder anderen Zeitung, weil immer mehr Menschen beginnen, der Partei zu folgen. „Wir haben noch nicht den Steppenbrand der Revolution", sagte Genosse Gernot, „aber der Funke, der durch die Gründung der Partei entfacht wurde, hat gezündet. Deshalb verfolgt die Bourgeoisie unsere Agitation und Propaganda, vor allem aber den ROTEN MORGEN".

Anschließend verlasen die Rote Hilfe Deutschlands und die RH e. V. Solidaritätsresolutionen. Ein Genosse der RHD berichtete über die drohende Ausweisung gegen den englischen Genossen Paul Pittam, und forderte alle Versammelten auf, gegen diese neue politische Unterdrückung zu kämpfen.

Die kämpferische Begeisterung der Veranstaltung drückte sich auch aus, als zur Unterstützung der ROTEN-MORGEN-Prozesse, ein Exemplar der Gründungsnummer des ROTEN MORGEN amerikanisch versteigert wurde. 1 082 DM lagen zuletzt auf den Sammeltellern – so hatte z. B. ein Lehrling, dem das gewiß nicht leicht fiel, 100 DM gespendet, um seine Zeitung zu unterstützen. Diese Solidarität ist die beste Voraussetzung, um auch die folgenden Prozesse gegen den ROTEN MORGEN, die am 3. 9. beginnen, konsequent und kämpferisch zu führen.

BORDESHOLM

Die anwesenden Freunde und Genossen der KPD/ML auf dem RM-Landtreff in Bordesholm bei Kiel verfaßten folgende Resolution: „Wir verurteilen aufs Schärfste den Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz, den Genossen Martin Peleikis vor ihre Schranken zu zerren, zu verurteilen und ins Gefängnis zu werfen. Wir verurteilen den Angriff auf die Partei der Proletariats, die KPD/ML, der die kommunistische Agitation und Propaganda kriminalisieren soll und hinten herum das Programm der Partei und die Partei selbst verbieten soll. Wir verpflichten uns, den Genossen und die Partei bei ihren Kämpfen nach Kräften zu unterstützen und die Untaten der Klassenjustiz breit zu propagieren in Stadt und Land, besonders in unserer Landzeitung „Dat rode Land". Wir fordern Freiheit für Martin Peleikis! Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda! Hände weg von der KPD/ML.

Die Sammlung auf dem Landtreff vom 13. 7. ergab über 50 DM.

Spenden für die KPD/ML

In der Zeit vom 7. 3. bis 13. 6. gingen folgende Spenden für die Partei ein:
7. 3., Arbeitertreff Hannover, 100 DM – 10. 3., T. S., Wattenscheid, für Wahlkampf NRW, 225 DM – 13. 3., Veranstaltung der RG Kreuznach, für Wahlkampf NRW, 50 DM – 14. 3., Arbeitertreff der Zelle Klöckner Bremen, für Wahlkampf NRW, 78 DM – 19. 3., Albanienzentrum Hamburg, für Wahlkampf NRW, 536 DM – 24. 3. Veranstaltung zur Wahl in Rheinland Pfalz, 184,89 DM – 26. 3., Arbeiterrunde Kiel-Friedrichsort, für Wahlkampf NRW, 98,02 DM – 26. 3., Veranstaltung Frankfurt/Sindelfingen, 303 DM – 1. 4., Freiburg, Veranstaltung zu Wyhl, für Wahlkampf in NRW, 61,33 DM – 1. 4., Düsseldorf, 406 DM – 3. 4., RG-Veranstaltung Singen, 46,50 DM – 7. 4 RM-Lesekreis Wiesbaden für Wahlkampf in NRW, 17 DM – 8. 4., Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Westberlin, für Wahlkampf in NRW, 13 DM – 17. 4., Hamburg „Zum alten Sängerheim", für Wahlkampf in NRW, 120 DM – 17. 4., Buchladen „Roter Morgen West-Berlin, 5 DM – 22. 4., M. K., Wuppertal, 100 DM – 24. 4., G. S., Würzburg, für Wahlkmapf in NRW, 70 DM – 25. 4., Albanien-Zentrum, Bremen, für Wahlkampf, 300 DM – 28. 4., K., Kiel, für Wahlkampf in NRW, 53,97 DM – 6. 5., 1. Mai-Veranstaltung, Ludwigshafen, 942,19 DM – 14. 5., M. K., Wuppertal, für 1. Mai 75, 50 DM – 14. 5., OG Reutlingen, für Wahlkampf in NRW, 120,30 DM – 13. 5.,

Summe in diesem Zeitraum 3 890,20 DM, wird fortgesetzt.

Amis raus aus Westdeutschland

Fortsetzung von Seite 1

Polizisten in Westeuropa zu halten, um auch die anderen westeuropäischen Länder besser unter ihrer Kontrolle halten zu können und so die amerikanische Vorherrschaft zu sichern. Doch nicht nur die US-Imperialisten, sondern auch die sowjetischen Sozialimperialisten zeigen bei ihren Versuchen, in Westeuropa ihren Einfluß zu verstärken, wachsendes Interesse am westdeutschen Imperialismus, um ihn für ihre Pläne zu nutzen. Für die US-Imperialisten ein Grund mehr, vor aller Welt zu zeigen, daß sie nach wie vor mit den westdeutschen Imperialisten eng verbunden sind, daß nach wie vor ihr Wort in Bonn gilt.

Ihr „Frieden", ihre „Sicherheit", für die sich die US-Imperialisten in Westeuropa „verbürgen", hat mit dem wirklichen Wunsch unseres Volkes nach Frieden und Sicherheit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Denn unser Volk will nicht etwa gegen die drohende Vorherrschaft der russischen Sozialimperialisten über Westeuropa kämpfen, um den amerikanischen Militärstiefel über sich zu erhalten, sondern es kämpft gegen jegliche Vorherrschaft. Die Gefahr, die für die Völker Europas besteht, resultiert ja gerade daraus, daß die eine wie die andere Supermacht die Herrschaft über ganz Europa an sich zu reißen sucht, daß sich die Rivalität zwischen beiden Supermächten immer mehr verschärft. Im Kampf aber gegen beide Supermächte kann man nicht die eine dulden oder sich gar auf sie stützen, um erst einmal die andere zu bekämpfen, sondern muß gegen beide Supermächte kämpfen. Mit Ford, als Oberhaupt des US-Imperialismus, kommt daher kein „Schutzengel", sondern einer der ärgsten Feinde unseres Volkes, der daher auch gebührend empfangen sein will!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Erwitte: Trotz Arbeitsgerichtsurteil gegen Seibel

Keine Garantie für die Arbeitsplätze der Kollegen

Am Mittwoch, den 16. 7., erklärte das Paderborner Arbeitsgericht die Aussperrung der über 100 Arbeiter von Seibel und Söhne für rechtsunwirksam. Seibel hatte die Zementarbeiter ausgesperrt, nachdem das Arbeitsgericht festgestellt hatte, daß die Arbeitsverhältnisse durch die Kündigungen nicht aufgelöst seien. Seit März kämpfen die Kollegen bereits gegen die Massenentlassungen, sie haben wochenlang den Betrieb besetzt und bestreikt.

Am Donnerstagmorgen um 6 Uhr standen die 130 Kollegen, bereit zur Wiederaufnahme der Arbeit, vor dem Tor des Zementwerkes. Aber Seibel ließ sich nicht blicken und stellte die Kollegen nicht ein. Sein Prokurist erklärte sich für nicht zuständig. Dem Betriebsrat schickte Seibel einen Brief, in dem er erklärte, daß er mit dem Betriebsrat nicht verhandeln würde, weil dieser vom Arbeitsgericht aufgelöst sei. So stehen die Arbeiter trotz der Arbeitsgerichtsurteile immer noch ohne Arbeit da. Die Arbeitsgerichtsurteile garantieren ihnen in keinster Weise ihre Arbeitsplätze, wie im Gegenteil dazu die Gewerkschaftsführer der IG Chemie-Papier-Keramik ihnen das immer weismachen wollten.

Von Anfang an haben die Gewerkschaftsführer den Kollegen einzutrichtern versucht, Seibel handele gegen die Gesetze, die Arbeiter hätten ein Recht auf Arbeit und würden deshalb auch Recht bekommen. Systematisch haben sie die Kollegen davon abgebracht ihren Streik und die Besetzung entschlossen fortzusetzen. Nach dem ersten Arbeitsgerichtsurteil haben sie es geschafft, daß die Besetzung des Werkes aufgehoben wurde und nur noch vor dem Tor gestreikt wurde. Nachdem Seibel die Arbeiter ausgesperrt hatte, haben sie die Notlage der Kollegen ausgenutzt und sie dazu gebracht, den Streik zu beenden und sich sogar arbeitslos zu melden. Dies geschah immer in Verbindung damit, daß Vertrauen in die Arbeitsgerichte geschürt wurde, daß Hoffnungen bestärkt wurden, der Staatsapparat würde mit seinen Gesetzen dafür sorgen, daß die Arbeiter ihr Recht bekommen würden. Dabei haben sie vorhandene Illusionen und Unklarheiten bei den Kollegen über den Staatsapparat und über die Klassenjustiz ausgenutzt.

Jetzt, nachdem die Aussperrung als unrechtmäßig erklärt wurde, die Kollegen aber die Arbeit trotzdem nicht wieder aufnehmen können, forderte der Gewerkschaftsapparat auf einer Belegschaftsversammlung der Seibel und Söhne Arbeiter, Schritte zu unternehmen, um die Länderverfassung von NRW zu verwirklichen, die angeblich das Recht auf Arbeit garantiert. **Aber die Arbeiter haben im Kapitalismus kein Recht auf Arbeit, sie haben nur das „Recht", ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen und sonst nichts. Nicht umsonst gibt es über eine Million Arbeitslose und hunderttausende Kurzarbeiter.** Seibel hat sogar das Recht, das ihm z. B. das Kündigungsschutzgesetz bietet, die Arbeiter nicht wieder einzustellen. Das einzige, wozu Seibel gezwungen werden könnte, ist, den Arbeitern ihren Lohn zu bezahlen, den sie aber in langen Verhandlungen einklagen müßten und von dem die Arbeitslosenunterstützung auch noch abgezogen würde. Bisher haben aber die Arbeiter auch noch nicht einmal einen Pfennig Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Die Gesetze, die Arbeitsgerichte, sind Bestandteile des kapitalistischen Staatsapparates. Dieser Staatsapparat ist ein Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, wie es die Seibel-Arbeiter selbst erfahren haben, ein Instrument, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführer versuchen gerade diesen Staatsapparat als ein neutrales Organ hinzustellen, das angeblich zwischen den Klassen steht und für Gerechtigkeit sorgt und dazu auch die entsprechenden Gesetze geschaffen hat. Der Zweck, den sie damit verfolgen, ist, die Arbeiter an den Kapitalismus zu fesseln, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse ihre eigene Kraft verspürt, sich formiert und den Kampf unversöhnlich führt.

Die Arbeiter von Seibel erfahren selbst, daß ihnen nicht nur Seibel als einziger Feind gegenübersteht, so wie es die Gewerkschaftsführer gerne darstellen, wobei Seibel auch noch als der störrische, mittelalterliche Kapitalist gekennzeichnet wird, sondern, daß ihnen die Kapitalistenklasse mit ihrem Staatsapparat und dem Gewerkschaftsapparat sowie den modernen Revisionisten als Feind gegenübersteht. Wobei der Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P die Reihen und den Kampf der Arbeiter von innen her zersetzen wollen.

Nur im unversöhnlichen revolutionären Kampf gegen diese Feinde kann die Arbeiterklasse Erfolge erzielen.

Hoesch Wuppertal

Werkschutz entführt Genossen aus der Tram

Ein Genosse aus Wuppertal, der als Lehrling bei Hoesch in Wuppertal gearbeitet hat, wurde nach seiner Lehre aus dem Betrieb gefeuert, weil er Kommunist ist. Er hat die Partei bei seinen Kollegen bekannt gemacht, sich für ihre Belange eingesetzt und ihnen die Notwendigkeit der proletarischen Revolution als einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Krise erklärt. Der Betriebsrat sagte bei seiner Kündigung: „Du hast die Schnauze aufgemacht" und „Du weißt ja selbst Bescheid, warum Du nicht übernommen worden bist."

Vor kurzem wollte der Genosse einige Kollegen, die ihn darum gebeten hatten, im Betrieb besuchen. Dabei lief er dem Betriebsleiter direkt in die Hände, der gleich den Werkschutz alarmierte und ihn anschrie, was er hier wolle, er hätte generelles Werksverbot. Der Werkschutz brachte ihn sofort vors Tor. Der Genosse setzte sich in die Straßenbahn und wollte nach Hause fahren, aber an der vierten Haltestelle sprang plötzlich einer vom Werkschutz in die Straßenbahn, prügelte mit voller Wucht auf den Genossen, riß ihm die Tasche mit ROTEN MORGEN weg und zerrte ihn zum Entsetzen der Fahrgäste aus der Bahn in ein bereitstehendes Auto, in dem noch einer vom Werkschutz saß. Sie fuhren ihn wieder zurück in den Betrieb, sperrten ihn ersteinmal lange unter Bewachung des Werkschutzes ein, der ihm drohte, er würde ihn kaputtschlagen wenn er etwas unternehmen würde.

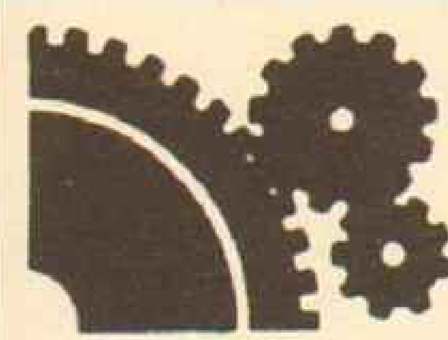
Dann brachten sie ihn zu einem Konferenzsaal. Hier saßen bereits die Hoeschkapitalisten, umringt von ihrem Werkschutz und Betriebsrat. Gemeinsam versuchten alle den Genossen einzuschüchtern, sie drohten ihm, sie könnten, wenn sie wollten, seine Zukunft verbauen oder ein Anruf bei der politischen Polizei würde ja schon genügen. Die Polizei hätte bestimmt großes Interesse an ihm.

Mit Gestapomanier hat hier der Werkschutz einen Genossen entführt und festgehalten, eingesperrt und verhört, wie wir es aus Ländern, in denen der Faschismus herrscht, her kennen. Dieser Akt der Entführung durch den Werkschutz zeigt, wie sich auch bei uns die Widersprüche verschärft haben und zu welchen Mitteln die Kapitalistenklasse bereits greift, um Kommunisten einzuschüchtern und möglichst zur Ruhe zu bringen, wobei sie natürlich vom Staat unterstützt werden.

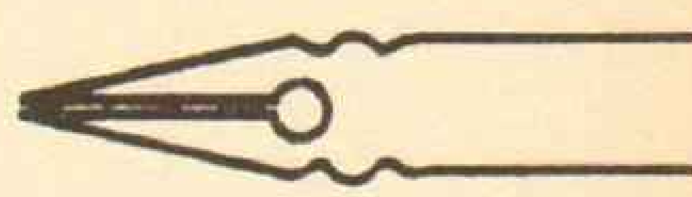
Um zu verhindern, daß die Kollegen von diesem Anschlag erfahren, hetzten die Hoesch-Kapitalisten die Polizei auf die Verteiler, die ein Flugblatt der Partei zu diesen Vorfällen verteilten und nahmen gleich zwei fest, um sie erkennungsdienst lich zu behandeln.

Besonders der Werkschutz hat hier klar seinen Charakter bewiesen. Der Werkschutz ist eben nicht eine Truppe älterer „Kollegen", die Pförtnerdienste und einfache Kontrollen machen, wie die Kapitalisten den Werkschutz gerne darstellen und als Alibi dafür einige ältere „Kollegen" ans Tor stellen, sondern der Werkschutz ist eine polizeilich ausgebildete und präparierte Truppe, eine Werkspolizei, bewaffnet, die nicht davor zurückschreckt, Gewalt gegen die Arbeiter und besonders gegen die Kommunisten anzuwenden, um dafür zu sorgen, daß „Ordnung" im Betrieb herrscht, die die Ausbeutung der Arbeiter gewährleistet.

Die Partei wird diesen Terror nicht einfach hinnehmen, genausowenig, wie sie die bisherigen Versuche der politischen Unterdrückung hingenommen hat, die Verschleppung des Genossen Günter Wagner, die politischen Entlassungen, die Prügeleinsätze von Betriebsräten und Werkschutz gegen Genossen, die auf Belegschaftsversammlungen gesprochen haben, die ständige Verfolgung der Kommunisten im Betrieb. Die Partei wird weiter und noch stärker solche und ähnliche Fälle verbreiten und denen, die noch Illusionen in den Kapitalismus haben, die Augen öffnen.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Keine Aufenthaltsgenehmigung wegen zu kleiner Wohnung

In einem Gespräch mit einem türkischen Kollegen über die weitere Abschiebung von türkischen Kollegen von Dynamit Nobel, deren Kampf er ziemlich gut kannte, auch von dem Flugblatt der Partei, was er von mir hatte, kam seine Wut auf den kapitalistischen westdeutschen Staat zum Ausdruck. Hauptsächlich auf das Ausländergesetz, was der türkische Kollege sehr gut kannte. Unter anderem schilderte er mir folgenden Fall, der zeigt, was für Methoden der Staatsapparat anwendet:

Es ist ja bekannt, daß die ausländischen Kollegen unheimlich viele Formulare ausfüllen müssen für ihre Aufenthaltsgenehmigung oder deren Verlängerung. Unter anderem gibt es auch eine Spalte, wo die Kollegen eintragen müssen, wieviel Quadratmeter Wohnfläche sie haben. Als nun dieser türkische Kollege seine Formulare abgab, sagte man ihm gleich, daß die Wohnfläche, die er habe, zu klein sei für sich und seine Familie. Darum müsse er sich eine größere Wohnung suchen, und aus diesem Grund würde man seine Aufenthaltsgenehmigung erstmal auf nur zwei Monate verlängern. Trotz größter Suche, auch mit der Unterstützung von anderen türkischen Kollegen, fand er keine größere Wohnung. Jeder kennt ja den Wohnungsmangel einerseits und die unheimliche Ausplünderung gerade bei Ausländern in Bezug auf Miete andererseits. Die deutschen Behörden machten keinen Finger krumm.

Das Ergebnis war, daß man die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängerte. Der ausländische Kollege lebt jetzt als Tourist hier, weil seine Frau noch arbeitet, muß aber jeden Tag mit seiner Ausweisung rechnen. Erstens darf er nicht arbeiten und zweitens: auch als Tourist laufen die Aufenthaltsgenehmigungen ab. Außerdem kann sich jeder ausrechnen, wie lange seine arbeitende Frau mit dem, was ausländische Kolleginnen verdienen, eine Familie mit sämtlichen Unkosten ernähren kann.

Rot Front!
Ein Genosse aus Kiel.

"De Anstorm" bringt die Herren in Rage

Bremen, den 15. Juli 1975

In Nr. 2 von „De Anstorm" hatten wir geschrieben, daß die BLG (Bremer Lagerhausgesellschaft) beim Arbeitsamt 50 Entlassungen angemeldet hatte, daß sich aber das Arbeitsamt bereit erklärt hatte, diese 50 Kollegen auf Kosten der Arbeitslosenkasse zu Kranfahrern ausbilden zu lassen. Die BLG macht bei diesem Kuhhandel ein schönes Geschäft.

Die BLG-Herren (zu 50% Bremer Staat, Vorsitzender Koschnick) hat das offensichtlich etwas in Rage gebracht, denn sie haben sofort gegen den Presseverantwortlichen eine Anzeige losgelassen, daß uns verboten wird, so etwas weiter zu behaupten. Gleichzeitig machten sie für unsere Partei eine umfangreiche „Werbeaktion": In allen Schuppen ließen sie einen Aushang machen, daß sie sich diese „Verleumdungen" von der KPD/ML nicht länger bieten lassen wollen. Unterstützt werden sie dabei eifrig von den ÖTV-Betriebsräten, die sagen: Die KPD/ML bringt doch nur Scheißhausparolen, von Entlassungen kann keine Rede sein – wenn schon, dann Kurzarbeit.

Damit haben sie sich selber entlarvt. Die Lage ist flau – das sieht auch jeder. Erstmal kommen immer weniger Schiffe die Weser runter und dann liegen sie hoch aus dem Wasser heraus, die haben kaum noch was geladen, die paar Ballen Baumwolle sind in einer Schicht vergessen. Die Kollegen lasen interessiert und begeistert unsere Hafenzeitung „De Anstorm": Wir mußten die Auflage für Nr. 3 um zweihundert erhöhen und für Nr. 4 nochmal um 200. Der Verkauf vom ROTEN MORGEN hat sich verdoppelt.

Laß sie nur hetzen, wir werden weiter die Wahrheit und den Ausweg aus diesem Ausbeutersystem schreiben. Je mehr die Kapitalisten auch hetzen, sie erreichen damit nur das Gegenteil, daß immer mehr Kollegen erkennen, daß nur der Sozialismus der Ausweg für uns ist.

Rot Front! Hafenzelle Bremen.

Asta kündigt Drucker

Erfolgreich hatten die Drucker der AStA-Druckerei an der Ruhr-Universität Bochum die Kündigung eines Druckers abgewehrt, aber sie haben damit gerechnet, daß ein erneuter Angriff kommen würde. Letzte Woche erhielten nun zwei Drukker ihre Kündigung zum 1. November. Aber auch die anderen Drucker sind betroffen: Ihr Lohn soll herabgesetzt werden, so hat z. B. ein Drucker, der jetzt ca. 1 500 DM verdient, nach der Herabsetzung von BAT 6 auf BAT 10 DM 600 weniger für seine fünfköpfige Familie. Der reaktionäre AStA begründet diese Angriffe mit den unverschämtesten Behauptungen. Die Druckerei würde nicht rationell genug arbeiten, die Arbeit könne auch von drei Druckern geleistet werden. Das Unverschämte daran ist, daß der AStA seine Druckaufträge nicht der AStA-Druckerei gibt, sondern einem Druckereibetrieb in Bochum-Riemke, zu dem einer vom AStA verwandtschaftliche Beziehungen hat. Ein weiterer Grund: Der AStA erkennt die Arbeitsverträge der Drukker nicht an, weil die unter einem kommunistischen AStA abgeschlossen seien und für sie keine Gültigkeit mehr hätten. Die Drucker wollen sich diese Angriffe nicht gefallen lassen, sie werden sich wehren und in ihrem Kampf breite Unterstützung finden.

Revisionistisches

DIE WELTKARTE DER „S"DAJ-REVISIONISTEN

In der April-Ausgabe der „S"DAJ-Zeitung „Elan" druckten die modernen Revisionisten eine Weltkarte ab, in der tatsächliche und angebliche sozialistische Länder rot eingezeichnet waren. Selbstredend wurden dort die revisionistischen Länder als sozialistisch ausgegeben. Aber – man höre und staune – auch China war dort rot eingezeichnet, obwohl die D„K"P-Revisionisten ja ansonsten mit unglaublichsten Verleumdungen zu „beweisen" suchen, daß die VR China kein sozialistisches Land ist. Der Grund ist klar: Die Verräter am Kommunismus hetzen in ihrer Jugendzeitschrift zwar gegen die KPD/ML und die „Maoisten", aber sie trauen sich gegenüber der Jugend nicht, das sozialistische China in der gleichen Weise wie beispielsweise in der UZ anzugreifen. Sie wissen, daß gerade in der Jugend das Ansehen der VR China sehr groß ist und wollen sich nicht durch allzu offene Hetze gegen das Bollwerk der Weltrevolution isolieren. Um nicht Farbe bekennen zu müssen, druckten sie in der folgenden „Elan"-Ausgabe zwei Leserbriefe ab. Ein Leserbrief kritisierte richtig, daß auch die chinesische Provinz Taiwan als sozialistisch eingezeichnet war. Damit ist dieser Leser offensichtlich der Ansicht, daß die VR China zu Recht als sozialistisch eingezeichnet wurde. Ein Jungrevisionist vertritt in seiner Zuschrift dagegen die offizielle D„K"P-Linie, nach der China kein sozialistisches Land ist. Mit dieser Haltung „Weder warm noch kalt" hoffen die„S"DAJ-Revisionistenoffensichtlich, die Jugend besser täuschen zu können.

„K"P PORTUGALS FÜR DIE INTERESSEN DES VOLKES?

Überall lassen die modernen Revisionisten die Regierung in Portugal als sozialistisch und im Interesse des Volkes hochleben. Überall geben sie sich auch als entschlossene Kämpfer gegen die staatliche Ausplünderung des Volkes. Was davon zu halten ist, wird aus dieser Meldung ersichtlich: Bis zu 50% sollen in Portugal die Eisenbahntarife erhöht werden. Gegen den Protest der Bevölkerung werden Truppen entsandt. Und Minister de Oliveira? Er ist Mitglied der „K"P Portugals.

„PRAWDA" BEGRÜSST ERMORDUNG VON KOMMUNISTEN

Offenes Lob für das Ne Win/San Yu-Militärregime in Burma aus berufenem Munde: Die „Prawda", Zeitung der sowjetischen Sozialimperialisten, schreibt: „Peking, das sich in Worten als Freund von Burma ausgibt, hält dieses Land seit nunmehr zehn Jahren in permanenter Spannung. Es ist ihm aber nicht gelungen, Burma zu einem Bollwerk seines Einflusses in Südasien zu machen. Nach Burma werden regelmäßig bewaffnete Einheiten, die aus der Grenzbevölkerung rekrutiert sind, eingeschleust. Dies löst zu Recht die Empörung der burmanesischen Bevölkerung aus. (. . .) Doch nun haben die burmanischen Regierungstruppen die Hauptkräfte der pro-chinesischen Rebellen zerschlagen. Ihre erfolgreichen Aktionen kamen bei aktiver Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zustande."

Hetze gegen die Volksrepublik China, unverhohlene Freude über den Tod des Vorsitzenden der KP Burmas, Genossen Thakin Zin, und des Generalsekretärs, Genossen Thakin Chit – das ist das faschistische Gesicht der Kremlzaren. Doch das Volk in Burma wird siegen, die Lügen der Sozialimperialisten werden am Kampf der Völker zerschellen. Zeigt sich doch immer klarer, was die Völker Asiens vom „kollektiven Sicherheitssystem" der Sozialimperialisten zu erwarten haben: Sicherung des Einflusses der Breschnew-Clique, Unterdrückung und Ausbeutung der Völker.

Das wahre Gesicht der "brüderlichen Zusammenarbeit"

DDR-Regime plündert ausländische Arbeiter aus

Nicht anders als in Westdeutschland werden auch in der DDR ausländische Arbeiter, Gastarbeiter, ausgebeutet und ausgeplündert. Sind es bei uns italienische, spanische, türkische Kollegen, so sind es in der DDR polnische und ungarische Arbeiter. Nur daß in der DDR,wie in der Sowjetunion,die Ausbeutung und Unterdrückung ausländischer Arbeiter zynischerweise auch noch „brüderliche Zusammenarbeit" genannt wird.

Noch in den fünfziger Jahren verurteilte der DDR-Rundfunk entschieden die Ausbeutung ausländischer Arbeiter: So hieß es damals in einem Kommentar: „Wer verläßt denn schon seinen heimatlichen Herd? Sie – die Gastarbeiter also – müssen in einem anderen Land Verdienst suchen, um sich und den Ihren die Existenz zu sichern. Hier prägt sich ein nationalsozialistischer Zug aus, den wir aus der Vergangenheit nur zu gut kennen: Unterdrückung, Ausbeutung anderer Völker, Rassenhaß und Herrenmenschentum."

Keine zehn Jahre später prägt sich dieser Zug in der DDR immer mehr aus: Die revisionistische DDR-Führung macht sich die Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern des Comecon wie Polen und Ungarn, die auch zu kapitalistischen Ländern entartet sind, zunutze, und läßt sich aus diesen Ländern Gastarbeiter schicken.

Den Anfang, ausländische Arbeiter ins Land zu holen und auszubeuten, machte die russische Monopolbourgeoisie. Nachdem nach Stalins Tod die Moskauer Revisionisten unter Chruschtschow die Führung im Lande an sich rissen, begnügten sie sich nicht damit, den Ländern des Comecon ihre Diktatur aufzuerlegen, um sie auszuplündern und unter ihre Herrschaft zu bringen, sondern sie verlangten von diesen Ländern auch noch Arbeiter, die in die Sowjetunion geschickt werden sollten. Heute sind es Zehntausende, die in Sibirien schuften müssen, um dort den neuen Zaren im Kreml das Land urbar zu machen.

Im Februar 1965 folgten die DDR-Revisionisten diesem Beispiel und holten die ersten 700 polnischen Arbeiter ins Land. Die schwierige Lage der vielen arbeitslosen polnischen Arbeiter ausnutzend, besaßen die DDR-Revisionisten gar noch die Frechheit, dies als „Hilfe im Rahmen der brüderlichen Zusammenarbeit" auszugeben. Besonders in den Grenzgebieten trieben die DDR-Revisionisten dies voran, indem sie in den Bezirken Frankfurt/Oder und Cottbus sogenannte „Grenzgänger" schafften, die verächtlich als „Pendelbrüder" geführt wurden. Bereits 1970 war die Zahl der polnischen Arbeiter in der DDR auf 25 000 gewachsen. Dazu wurde am 26. Mai 1967 ein Gastarbeiterabkommen zwischen der DDR-Führung und der ungarischen Revisionistenclique unterzeichnet, die sogleich 2 500 junge ungarische Arbeiter an die DDR verschacherte. Ihre Zahl sollte innerhalb kurzer Zeit auf 16 000 gesteigert werden.

Die Bedingungen, unter denen die polnischen und ungarischen Arbeiter in der DDR leben müssen, sind genauso wie die ihrer italienischen, spanischen usw. Klassenbrüder in Westdeutschland gekennzeichnet von besonders schwerer Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung.

Selbst als Facharbeiter verdienten z.B. Heizer, Schmiede, Bauarbeiter, Bautischler usw.. die vor allem aus Ungarn kamen, 1970 nur zwischen 400 und 500 DM monatlich und damit noch weniger als ihre deutschen Kollegen in der DDR. Ihre Unterbringung erfolgt nicht anders als bei den ausländischen Kollegen in Westdeutschland in lagerähnlichen Gemeinschaftsunterkünften – höchstens mit dem Unterschied, daß die DDR-Bourgeoisie, um nicht gänzlich das Gesicht zu verlieren, sie in Vierbettzimmer steckt, statt wie bei uns in Zwölfbettzimmer. Eine Existenz für ihre Familie zu schaffen, ist ihnen von vornherein genommen. Um nicht für Kinder Schulen einrichten und Familien versorgen zu müssen, hat die revisionistische DDR-Führung von vornherein bestimmt, daß die ausländischen Arbeiter unverheiratet sein müssen und überwiegend 18 bis 25 Jahre alt sein sollen, was zudem für die Bourgeoisie in der DDR bedeutet, daß sie mit jungen Arbeitern ihre Ausbeutungsrate noch erhöhen kann.

Auch in ihren Rechten sind die ausländischen Arbeiter in der DDR unter dem sozialfaschistischen Regime noch mehr unterdrückt als ihre deutschen Kollegen. Sie haben kein freies Niederlassungsrecht im Land, sondern müssen dort wohnen, dort arbeiten, wo die Behörden es ihnen befehlen. Ihre Aufenthaltsgenehmigung läuft nach zwei bis fünf Jahren ab, sie werden dann praktisch abgeschoben.

Besonders unerträglich aber ist für die ausländischen Arbeiter in der DDR die unverschämte rassistische Hetze, die mit Billigung und direkter Unterstützung von der neuen Bourgeoisie in der DDR gegen sie betrieben wird. Auf welchen Widerstand dies bei den ausländischen Kollegen stößt, zeigt sich darin, daß selbst offizielle Stellen in Ungarn sich gezwungen sehen, zumindest in Worten zu protestieren, um so zu verhüllen, daß sie selbst es waren, die die ungarischen Arbeiter verschachert haben. So schrieb in aller Offenheit die von der ungarischen „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse" herausgegebene Zeitung „Valosag" in ihrer Märzausgabe von 1970: „Das eigentliche politische Hindernis, das einer Arbeitskräfte-Emigration größeren Ausmaßes im Wege gestanden hat, ist das in den sozialistischen Staaten anzutreffende nationale Vorurteil."

Wie das, was die Zeitschrift „Valosag" beschönigend beschreibt, in der Wirklichkeit dieser Staaten, die nichts mehr mit dem Sozialismus gemeinsam haben, aussieht, berichtet uns ein Student aus der DDR, der im Kraftwerk „Boxberg" gearbeitet hat:

„Wer die DDR genauer kennt, der weiß, daß das Kraftwerk ‚Boxberg' sehr oft als Beispiel für die ‚brüderliche Zusammenarbeit' zwischen deutschen, polnischen, ungarischen und sowjetischen Arbeitern herhalten muß (wobei die letzteren als ‚Spezialisten' die Befehlsgewalt ausüben). Nach der Arbeit spielte sich dort oft folgendes ab: Die meisten Kollegen setzten sich in Weißwasser nach Feierabend in die Gaststätte ‚Puck'. Abends begann dann die Diskothek mit ‚heißer Beatmusik'. Nach der Diskothek ging es noch heißer zu: Messerstechereien waren an der Tagesordnung. Doch damit nicht genug. **Als wir eines Tages, von drei polnischen Kollegen eingeladen, nach Feierabend in einer Kneipe in Bad Muskau, nahe der polnischen Grenze saßen, spielte sich folgendes ab: Zunächst begannen einige Soldaten der ‚Nationalen Volksarmee' ein altes faschistisches Lied zu singen, welches das polnische Volk beleidigt. Danach wurden plötzlich einige Stimmen laut, die riefen: ‚Polenschweine raus!' Daraufhin griff eine regelrechte Progromstimmung um sich. Als wir merkten, daß der Aufenthalt in der Kneipe für uns lebensgefährlich wurde, verließen wir sofort die Kneipe. Auf der Straße waren wir plötzlich von 50 Personen umringt. Betrunkene ‚Volksarmisten' begannen eine wüste Schlägerei. Wir konnten ihnen nur knapp entkommen."**

Dieses Beispiel vom Kraftwerk „Boxberg" zeigt besonders krass, was für die ausländischen Arbeiter in der DDR überall gilt, die als Gastarbeiter ins Land geholt werden: Daß sie als Arbeiter besonders ausgebeutet und unterdrückt werden, daß sie als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, um sie so zugleich auch auszuspielen gegen die deutschen Kollegen in der DDR, um den gemeinsamen Kampf ausländischer und deutscher Arbeiter in der DDR gegen das sozialfaschistische Ausbeuterregime zu spalten und zu schwächen.

Der Widerstand gegen diese Unterdrückung wird unter den polnischen, ungarischen und anderen ausländischen Arbeitern in der DDR wachsen. Und die besten Kräfte ihrer Klasse, der deutschen wie der ausländischen Arbeiter in der DDR, wie auch in den anderen von den russischen Sozialimperialisten und ihren willigen Dienern beherrschten Ländern werden sich trotz aller Spaltungsversuche durch ihre Bourgeoisien in Moskau, Ostberlin, Warschau oder Budapest zusammenschließen und gemeinsam dem Joch durch die einheimischen Unterdrükker wie die russische Monopolbourgeoisie ein Ende zu setzen durch die proletarische Revolution.

Zigarettenindustrie begeht Millionenbetrug

Die Hauni-Werke in Hamburg-Bergedorf stellen Maschinen zur Produktion von Filterzigaretten her. Es gibt in der ganzen Welt nur zwei oder drei Konzerne, die solche Maschinen bauen. Hauni hat deswegen in Westdeutschland und Westeuropa eine Monopolstellung und beliefert alle großen Zigarettenkonzerne mit Maschinen.

Ein Kollege von den Hauni-Werken berichtet, wie die großen Zigarettenkonzerne ihren Profit auf Kosten des kleinen Endverbrauchers vergrößern. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht. „Wir stellen gerade die Zigarettenherstellungsmaschinen für den BAT-Konzern um. Die Umstellung dieser Maschinen in den Werken Bayreuth, Berlin-Kreuzberg und Ahrensburg kostet ungefähr 1,5 Mio. DM. Die Umstellung der Zigarettenmaschinen dient dazu, durch eine geschickte Täuschung des Rauchers Tabak und damit Kosten einzusparen. So wird der Filter der Zigaretten ungefähr um 1 mm verlängert, während der Tabakstock um diesen Millimeter kürzer wird. Die Zigarette behält also ihre alte Länge. Gleichzeitig wird sie aber auch ein klein wenig dünner. Diese Umstellung wurde von den anderen Konzernen bereits durchgeführt. So wurde der Durchmesser der R6 von Reemtsma von 7,8 mm auf 7,62 mm verkleinert. Oder bei der Stuyvesant von dem amerikanischen Konzern Philipp-Morris wurde der Filter von 9,7 mm auf 11,3 mm verlängert und entsprechend viel Tabak gespart. Daran, daß die Umstellungen schon mindestens eine runde Million kosten, können wir sehen, wie hoch der Gewinn bei diesem Betrug sein muß. Gleichzeitig werden natürlich auch immer neue Preissteigerungen vorbereitet. Die Faustregel dabei ist: Die Schachtel wird teurer und enthält weniger Zigaretten. So soll eine Zigarettenschachtel bald 3 DM kosten."

Rot Front!
Ein Genosse aus Hamburg.

Vom Aufbau des Sozialismus

NEUE ERFOLGE IM SCHIFFSBAU

Die China-Ausstellung in Köln hat vielen Menschen den hohen Stand der Produktion im heutigen China gezeigt. Diese Erfolge wären nicht möglich gewesen ohne den Kampf der Arbeiter und Kader gegen die revisionistische Linie, wie sie z.B. durch Liu Schao-tschi vertreten wurde. Zum Schiffsbau behauptete er: „Es ist besser, ein Schiff zu kaufen als zu bauen und noch besser, eins zu chartern." Der erste 10 000-Tonnen-Frachter, der in China selbst konstruiert worden war, konnte deswegen erst 1965 fertiggestellt werden.

Doch in der Großen Proletarischen Kulturrevolution besiegten die Werktätigen diese bürgerliche Linie. Heute ist die Schiffsbauindustrie Schanghais auf dem Weg zu immer größeren Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus. Die Arbeiter haben gerade durch die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius eine Waffe in die Hand bekommen, ihren Willen beim Ausbau der Industrie durchzusetzen und die Sabotage zu enthüllen, die Lin Biao und Konsorten an der Schiffsbauindustrie begangen haben. So war es ihnen möglich, im Jahr 1974 in der Djiangnan-Werft fünf 10 000-Tonner zu bauen. In der Vergangenheit brauchte diese Werft fünf Jahre, um ein Schiff dieser Größe herzustellen. Das wichtigste Prinzip ist dabei „Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft". Diesem Kurs folgend kritisieren die Arbeiter die Haltung, alles Ausländische anzubeten: „Wir nehmen gerne Hilfe von außen an, aber wir wollen nicht von dieser Hilfe abhängig sein. Wir wollen von den fortgeschrittenen Erfahrungen anderer Länder lernen, aber wir glauben nicht blind an ausländische Ausrüstung und Technik, ohne sie einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen." 1960 stellte die Hudung-Werft Chinas ersten hochleistungsfähigen Dieselmotor her, der für Schiffe entworfen wurde. Ungeachtet der Tatsache, daß dessen Kurbelwelle der Normalqualität entsprach, behaupteten bürgerliche „Autoritäten", die Welle sei nicht zu gebrauchen. Stattdessen beteten sie kritiklos ausländische Technik an. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution kritisierten die Arbeiter diese Ansichten und wiesen sie zurück. Gestützt auf die unerschöpfliche Weisheit und Erfahrung der proletarischen Massen bauten die Arbeiter den Motor mit der „ungenügenden" Kurbelwelle in einen 10 000-Tonnen-Tanker ein. Es wurde ein großer Erfolg: Seit nunmehr über sechs Jahren läuft die Welle ohne Beanstandungen.

In dem Maße, wie sich das werktätige Volk den Marxismus-Leninismus aneignet, ist es noch besser in der Lage, den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Das gewissenhafte Studium der Weisung des Vorsitzenden Mao über die Theorie der Diktatur des Proletariats hat die Arbeiter angespornt, mit Initiative sich allen Bereichen der Produktion und des Überbaus zuzuwenden. Die ersten Erfolge für 1975 sind bereits zu sehen: Der Gesamtwert der Produktion in den ersten zwei Monaten zeigte einen Zuwachs von 64% im Vergleich zu der entsprechenden Periode im vorigen Jahr. In der Hudung-Werft lief Ende 1974 ein Hochseefrachter mit einer Wasserverdrängung von 25 000 BRT vom Stapel.

Diese großen Errungenschaften zeigen eindeutig, welche Leistungen das Volk vollbringen kann, wenn es die Fesseln des Kapitalismus abgestreift hat. Jede Steigerung der Produktion, jede Verbesserung der Qualität ist ein Sieg der Diktatur des Proletariats im beharrlichen Kampf gegen den Revisionismus.

Radio Tirana zum 32. Gründungstag der albanischen Volksarmee

Die Partei kommandiert die Gewehre

Am 10. Juli feierten das albanische Volk und seine Streitkräfte im Gefühl berechtigten Stolzes und mit revolutionärem Optimismus den 32. Gründungstag der Volksarmee. Die Schaffung und Organisierung dieser regulären, revolutionären Armee bereits in den stürmischen Jahren des nationalen Befreiungskampfes ist das Werk der Kommunistischen Partei, der heutigen Partei der Arbeit. Diese Armee wurde unmittelbar vom Zentralkomitee der Partei, ihrem Generalsekretär Genossen Enver Hoxha geleitet.

Diese Armee, deren Reihen die besten Söhne und Töchter des aufständigen Volkes füllten, wurde, eng mit dem Volk vereint, zum Schrekken für die faschistischen Okkupanten und Landesverräter. Im Dienst des Volkes und der Partei erfüllte sie die von ihr übernommene hohe Mission, das ganze Land aus eigener Kraft zu befreien, die Volksmacht zu errichten und als bewaffnete Spitze dieser Macht zu dienen. Sich der Tatsache bewußt, daß einem die Freiheit nicht geschenkt, sondern mit der Waffe in der Hand errungen wird, vergrößerten die Söhne und Töchter des albanischen Volkes ständig die Reihen der nationalen Befreiungsarmee, die im Oktober 1944, am Vorabend der vollständigen Befreiung des Landes, 70 000 Kämfper zählte. Darunter waren 80% Jugendliche und 9% Frauen. Damals hatte Albanien eine Bevölkerung von 1,4 Millionen.

Die von der albanischen nationalen Befreiungsarmee geschlagenen Schlachten – die nationale Befreiungsarmee hatte den Feind auf den Fersen bis nach Jugoslawien verfolgt – bilden den mannhaftesten und ruhmreichsten Kampf, den das albanische Volk in den Jahrhunderten für Freiheit und nationale Unabhängigkeit je geführt hat. Auf albanischem Gebiet wurden 15 Divisionen des faschistischen Italien und Hitlerdeutschlands festgehalten. 70 000 Feinde wurden von der nationalen Befreiungsarmee und dem albanischen Volk getötet, verwundet oder gefangengenommen. Jeder von der nationalen Befreiungsarmee über die Besatzungsarmee und die reaktionären Kräfte erzielte Erfolg wurzelte in der korrekten marxistisch-leninistischen Linie der Kommunistischen Partei und ihrer weisen Führung. Solch eine Führung ist heute die Hauptgarantie für die ehrenvolle Erfüllung der großen Aufgabe der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, der allseitigen politischen und militärischen revolutionären Ausbildung sowie der Kampfbereitschaft der Streitkräfte und des gesamten Volkes für die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution.

Zu Ehren des 32. Gründungstages der Volksarmee fand gestern nachmittag in Tirana eine feierliche Versammlung statt, an der Werktätige aus Arbeits- und Produktionsstätten, Militärangehörige, Veteranen des nationalen Befreiungskampfes, Werktätige der Ministerien und Einrichtungen der Hauptstadt, Mütter und Angehörige der Familien der Gefallenen und Jugendliche teilnahmen. Ihr wohnten ebenfalls Führer der Partei der Arbeit und des albanischen Staates bei. Die Rede auf der Versammlung hielt der stellvertretende Minister für Volksverteidigung und der Chef des Generalstabs der Armee, Beli Lakei.

„Das albanische Volk", sagte er unter anderem, „hat jahrhundertelang gegen zahlreiche starke, grausame und blutrünstige Feinde kämpfen müssen und den Haufen der Okkupanten, woher und zu welcher Zeit sie auch immer kamen, mit beispielloser Tapferkeit Widerstand geleistet, um sie zu zerschlagen, um seine Existenz, seine Ehre und nationale Würde zu verteidigen. Im Namen der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit hat es unzählige Opfer gebracht. Doch sein Schicksal, seine und des Vaterlands Zukunft, nahm es erst nach dem 8. November 1941, dem Gründungstag der Kommunistischen Partei Albaniens, heute Partei der Arbeit, in die Hand. **Erst unter der Führung der Partei war es möglich, den bewaffneten Aufstand gegen die Besatzer und Landesverräter zu organisieren.** Im Feuer des Kampfes die nationale Befreiungsarmee zu schaffen, das Vaterland zu befreien und die Volksmacht zu errichten.

Das Entstehen, die Verstärkung und Modernisierung der Volksarmee, alles bisher auf ihrem 32jährigen ruhmreichen Weg seit der Gründung der Guerillaeinheiten bis hin zur Bewaffnung und militärischen Ausbildung des ganzen Volkes zur Verteidigung Geleistete, sind das Werk unserer marxistisch-leninistischen Partei und des Oberkommandierenden, Genossen Enver Hoxha. Unter der Führung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze wurde die albanische Volksarmee in den letzten über drei Jahrzehnten als eine bewaffnete Macht neuen Typs, als die Waffe der Diktatur des Proletariats, bis zum Tod den Interessen des Volkes treu, gestählt und modernisiert.

Gemäß den Lehren der Partei wird in der gesamten Tätigkeit der Volksarmee das Prinzip des Vorrangs der ideologisch-politischen vor der militärischen Arbeit angewendet, das Prinzip der Bevorzugung des Menschen vor den Waffen und des sich Stützen auf die eigene Kraft angewendet. An der Spitze der Verteidigung, im Kommando, steht die Partei. **Die Partei kommandiert das Gewehr und nicht das Gewehr die Partei.** Da diese großen für die Geschicke des Sozialismus historisch bedeutungsvollen Lehren konsequent angeeignet und durchgesetzt wurden, ist die Armee gestählt, das politische, revolutionäre Bewußtsein eines jeden Soldaten, eines jeden Bürgers, der gleichzeitig Soldat ist, weiter erhöht worden. Es wurde erreicht, daß sich ihr revolutionärer Volkscharakter mit jedem Tag verstärkt und vertieft. Dadurch sind in der albanischen Volksarmee jene herrlichen Eigenschaften und Tugenden, die die nationale Befreiungsarmee kennzeichneten, erhalten, entwickelt und ununterbrochen bereichert worden. Die Beziehungen der Kader mit den Soldaten als Verbindungen zwischen Genossen eines Ideals, eines Schützengrabens noch mehr gestählt, die Massenlinie, die proletarische Demokratie noch besser angewendet, die Qualität der Kampfausbildung und die Kampfbereitschaft aller Verteidigungsfaktoren vervollkommnet worden.



In der Frage der Sicherung der führenden Rolle der Partei in der Volksarmee ist jetzt eine sehr reiche über dreißigjährige Erfahrung bereits seit der Gründung der Parteizellen in den Partisanenfreischaren und Kompanien bis hin zur Wiederherstellung der Parteikomitees in den Einheiten und Abteilungen und zur Wiedereinsetzung der politischen Kommissare in den Kommandos aller Glieder gesammelt worden."

Der stellvertretende Minister für Volksverteidigung, Beli Lakei, führte weiter aus: „Die verschworenen Feinde des albanischen Volkes und der Partei der Arbeit, die amerikanischen Imperialisten, die sowjetischen Sozialimperialisten und allen ihren Lakaien ist das sozialistische Albanien ein Dorn im Auge. In gegenseitiger Zusammenarbeit versuchen sie, indem sie systematisch alle Kampfformen und Mittel ausnützen – angefangen bei grausamen Blockaden, Erpressungen, Verleumdungen, Druck, Schmeicheleien bis hin zu Komplotten – auch in Albanien die schwarze Vergangenheit wieder hervorrufen, wollen sie den Kapitalismus wiederherstellen, wie die Chruschtschowrevisionisten in der Sowjetunion und in vielen ehemaligen sozialistischen Ländern, wo sie die Macht der Arbeiterklasse entrissen und sie der neuen Bourgeoisie aushändigten, die in ihrer Politik der Unterdrückung, der Gewalt und Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern den alten Zaren Rußlands nicht nachsteht.

Unter diesen Bedingungen legt die Partei der Arbeit Albaniens allen ans Herz, die Wachsamkeit zu erhöhen, die Diktatur des Proletariats immer mehr zu verstärken, die marxistisch-leninistischen Einstellungen über die Rolle und Funktion des Staates, über die führende Rolle der Partei und der Arbeiterklasse im Volk zu verwurzeln.

Die Freiheit und die Unabhängigkeit, die Volksmacht, der Sozialismus in Albanien", betonte weiter Beli Lakei, „verteidigt ein ganzes Volk, Groß und Klein, Männer und Frauen, Jungen und Mädchen. Die Partei hat sie darauf vorbereitet, auf dem Schlachtfeld eins zu hundert zu kämpfen und zu siegen. Die konsequente Befolgung des marxistisch-leninistischen Prinzips durch die Partei der Arbeit Albaniens, das ganze Volk zu bewaffnen, hat dazu gedient, den revolutionären Volkscharakter der Armee weiter zu verstärken, hat sie unlösbar und organisch mit dem Volk verbunden und folglich die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes unbesiegbar gemacht."

Zum Schluß sagte Genosse Beli Lakei: „In dem großen, legendären Kampf der Partei der Arbeit, des albanischen Volkes und der albanischen Volksarmee, in einer glänzenden Einheit mit dem Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, sind wir nicht allein. Mit uns sind alle Revolutionäre und Marxisten-Leninisten der fünf Kontinente und vor allem die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze, dem größten Freund des albanischen Volkes, mit uns ist das 800 Millionen starke chinesische Volk und die chinesische Volksbefreiungsarmee mit denen uns eine unverbrüchliche, ewige Freundschaft verbindet. Es gibt keine Kraft, die diese Freundschaft und internationalistische Solidarität bezwingen könnte. Wir stehen unerschütterlich wie Waffengefährten in den gemeinsamen Schützengräben der Weltrevolution. Und mit dem sicheren Kompaß des siegreichen Marxismus-Leninismus werden wir den endgültigen Sieg über die Kräfte der bürgerlich-revisionistischen Finsternis erringen, die in der Klemme der Krisen und antagonistischen Widersprüchen sich auf einen dritten Weltkrieg vorbereiten.

Daher ist die heilige Aufgabe für jeden Bürger und Soldaten Albaniens, ständig die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen und mit hohem, selbstlosem Geist für die weitere Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit des Vaterlandes zu arbeiten. So wie uns die Partei der Arbeit und Genosse Enver Hoxha ans Herz legen, muß sich jeder Werktätige und Bürger, überall wo er arbeitet und lebt, als Soldat des Volkes, als entschlossener Beschützer unserer Freiheit, Unabhängigkeit und unserer sozialistischen Errungenschaften betrachten."

Die Volksmassen bauen das befreite Kambodscha auf



In Kambodscha gibt es keinen Hunger mehr. Das Foto zeigt Bauern beim Transport von Reis, der für Getreidereserven und den Export bestimmt ist.

„Das Land aufbauen und verteidigen, indem man sich auf die drei revolutionären Prinzipien stützt", heißt ein Kommentar, den Radio Phnom Penh, „Die Stimme der FUNK", Anfang Juli sendete. Darin heißt es u.a.:

„Das Volk von Kampuchea und seine Kämpfer, Kämpferinnen und Kader haben im Laufe ihres langen Kampfes die Wahrheit und Wirksamkeit der drei revolutionären Prinzipien erprobt und bestätigt, die entscheidenden Faktoren des großen historischen Sieges vom 17. April 1975. Diese drei Prinzipien sind:

1. Die unerschütterliche Entschlossenheit, zu kämpfen ohne aufzugeben. 2. Die unerschütterliche Entschlossenheit, unabhängig, souverän und Herr der eigenen Entscheidungen zu sein. 3. Die unerschütterliche Entschlossenheit, alle Opfer und Leiden zu ertragen und alle Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden.

(. . .) Heute hat unsere Revolution in einer sehr kurzen Zeit (. . .) eine Menge von Problemen gelöst: Das Volk kann sich ernähren und anständig wohnen. Natürlich müssen auch weiter viele Anstrengungen unternommen werden, um das Lebensniveau des Volkes zu erhöhen. Es gilt, die Produktion in allen Bereichen zu entwickeln, die Landwirtschaft zu beleben, ebenso Handwerk und Industrie. Man muß alle Krankheiten und Wunden, die die US-Imperialisten und die Verräterbande Lon Nols hinterlassen haben, heilen und beseitigen. Wir kümmern uns mit besonderer Sorgfalt um die Gesundheit des ganzen Volkes. In den Bereichen des sozialen und kulturellen Lebens, des Verkehrs, der Wissenschaft und der Technik müssen wir noch viele Anstrengungen machen, noch viele Schwierigkeiten überwinden, viele Leiden ertragen und viele Schwierigkeiten und Hindernisse besiegen unter der Parole: Unabhängig, souverän und Herr der eigenen Entscheidung sein.

Unter allen Umständen und zu jeder Zeit halten wir uns an die drei grundlegenden Prinzipien, die aus unserer Revolution überliefert sind. Wir haben die Gewißheit, daß wir ein neues, wahrhaft blühendes und glückliches Kambodscha aufbauen und verteidigen können.



Unter dem Verräterregime Lon Nols waren die medizinischen Zustände in den besetzten Gebieten schlecht: Die Krankenhäuser völlig überfüllt, verseucht und schmutzig. Die Kranken starben, weil es keine Medikamente und keine Ärzte gab. Heute kämpfen die medizinischen Kader gegen die Krankheiten, die der Aggressionskrieg der US-Imperialisten hinterlassen hat, öffnen die Krankenhäuser wieder und schützen die Gesundheit des Volkes. Auch in ländlichen Gebieten gibt es, wie das Foto zeigt, Krankenhäuser und medizinische Betreuung für das Volk.

Prozeß gegen den ROTEN MORGEN

Sie standen als Ankläger vor Gericht

Am 15., 16. und 17. Juli fand der Prozeß gegen den Genossen Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN und Genossen Stoll, damals verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN, wegen Beleidigung statt. Weil die Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Routhier und über den „faschistischen Terror" beim Trauerzug im ROTEN MORGEN stand, sollen sie wegen Beleidigung verurteilt werden, während den Mördern kein Haar gekrümmt wird. Doch dieser Prozeß hat sehr deutlich gezeigt, daß der ROTE MORGEN die Wahrheit schrieb, denn die Klassenjustiz scheute sowohl die Öffentlichkeit als auch die Beweisführung durch die Partei. Sogar Rechte, die den Angeklagten selbst nach den bürgerlichen Gesetzen noch zustehen, wurden kalt lächelnd außer Kraft gesetzt, das Gericht gab sich keine Mühe mehr, seinen Klassencharakter zu verbergen.



So wurden gleich zu Anfang mehrere Anträge auf einen größeren Saal abgelehnt, um die Zahl derer möglichst klein zu halten, die durch solch ein Verfahren die letzten Illusionen über die bürgerliche Klassenjustiz verlieren. So drängelten sich auf 19 Sitzplätzen 26 Zuschauer – etwa die gleiche Anzahl wartete auf Einlaß. Ein Pressetisch war anfangs gar nicht vorhanden. Der Staatsanwalt meinte dazu, daß im Saal ja auch keine Presse sei, sondern nur die „Presse des Herrn Schubert." (Gemeint war eine Genossin des ROTEN MORGEN).

Von den Genossen waren mehrere Beweisanträge vorbereitet worden, in denen nachgewiesen wird, daß der ROTE MORGEN niemanden beleidigt hat, sondern lediglich Tatsachen feststellte. Sowohl der Mord an Genossen Günter als auch der „faschistische Terror" beim Trauerzug werden nachgewiesen. Das Klassengericht tut sein möglichstes, um diese Beweisführung zu verhindern. Dabei setzt es nicht nur alle Tricks der neuen Strafprozeßordnung ein, sondern bricht sogar offen seine eigenen Gesetze.

Der Staatsanwalt stellt gleich eingangs fest, daß es für ihn unerheblich sei, ob Günter Routhier an den Folgen des Polizeieinsatzes gestorben ist oder nicht, sondern daß es in diesem Zusammenhang auf jeden Fall eine „Formalbeleidigung" sei, von Mord zu sprechen. Demgemäß lehnt der Richter von vornherein ab, die Zeugen und andere Beweise für den Mord überhaupt anzuhören. „Beschlossen und verkündet: Der Beweisantrag wird abgelehnt."

Im nächsten Beweisantrag beantragen die Genossen, den Gerichtsobduzenten Adebar zu laden, um zu beweisen, daß der Polizeibericht lügt, wenn er behauptet, die Obduktion hätte ergeben, daß ein Zusammenhang zwischen den Schlägen und der tödlichen Blutung bei Genossen Günter nicht besteht. **Aber selbst die öffentliche Vernehmung eines Gerichtsmediziners, der durch seine Stellungnahmen hinreichend gezeigt hat, auf welcher Seite er steht, scheint dem Staatsanwalt und dem Richter zu riskant. Seine Anhörung wird abgelehnt.**

Auch die Krankengeschichte des Genossen Günter, die immerhin nach seinem Tod der Staatsanwaltschaft zur Vertuschung des Mordes bedeutsam genug erschien, um sie zu beschlagnahmen, wird vom Staatsanwalt nun als unerheblich bezeichnet. Das Gericht schließt sich seiner Meinung an. Danach erschien es einem schon fast als selbstverständlich, daß die Ärztin des Vertrauens der Familie Routhier, Frau Dr. Gedeon, wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt wurde, weil sie den Mord als Mord bezeichnet habe.

Als beim dritten Beweisantrag die faschistische Zerschlagung des Trauerzuges belegt wird, zitiert Genosse Gernot die Begründung der Polizei, in der natürlich von „Demonstration" und nicht von Trauerzug die Rede ist. Darauf der Staatsanwalt: Herr Schubert hat ja nun selbst von Demonstration gesprochen. Gernot will protokollieren lassen, daß der Staatsanwalt die Unwahrheit gesagt hat, da er lediglich die Polizei zitiert habe. Das Gericht lehnt die Protokollierung ab: „Was protokolliert wird, bestimme ich." Unter den Zuschauern ist die Empörung zu spüren, denn für jeden war in diesem Moment besonders deutlich, daß es für das Volk die primitivsten Rechte vor der Klassenjustiz nicht gibt. Auch dieser Beweisantrag wird ohne Prüfung abgelehnt.

Als Genosse Dieter den nächsten Beweisantrag verlesen will, unterbricht ihn der Richter und verbietet ihm das Wort. Als er trotzdem weiterliest, droht er ihm, ihn für eine halbe Stunde hinausbringen zu lassen. Gerichtsdiener Hase geht in Rausschmeißer-Stellung. Genosse Gernot erläutert darauf nochmals die Bedeutung der Tatsachen. **Dazu stellt der Richter polemisch fest: Ihr Bestreben die Wahrheit zu finden, ist ja richtig, aber ich muß schließlich auch an die andere Seite denken. Und das tat der Richter fürwahr im ganzen Verlauf der Verhandlung hinreichend. Für jeden Zuschauer wird klar, daß dieses Gericht nicht „im Namen des Volkes", sondern im Namen der Kapitalistenklasse richtet.**

Um zu verhindern, daß weiterhin im Gerichtssaal vor der Öffentlichkeit die Tatsachen auf den Tisch kommen, verlangt er nun, daß die Beweisanträge ihm vorher schriftlich vorgelegt werden sollen, damit er dann über ihre Verlesung entscheiden kann. **Vom Rechtsanwalt nach der gesetzlichen Grundlage für diese Maßnahme befragt, meint der Richter: Das können Sie in der zweiten Instanz nachprüfen lassen. Damit ist ein weiteres Mal offen klar geworden, daß das Urteil in diesem Prozeß bereits feststeht.** Bereits ganz zu Anfang wurde dies deutlich, als der Richter sich weigerte, die angeklagten Artikel des ROTEN MORGEN überhaupt vorzulesen. Er zitierte daraus nur einzelne vom Staatsanwalt unterstrichene Äußerungen, völlig ohne Zusammenhang, weil dieser Zusammenhang „unerheblich" sei. Beweisanträge und andere Anträge lehnte er teilweise schon ab, bevor sie überhaupt zu Ende vorgetragen, bzw. begründet waren. Immer häufiger entzog er den „Angeklagten" das Wort. Schließlich schloß er den 1. Verhandlungstag und legte den nächsten Termin so fest, daß der Verteidiger des Genossen Gernot nicht kommen konnte.

An diesem Tag versuchte der Richter dann wiederholt das Vortragen der Beweisanträge und ihre Begründung zu verhindern, indem er den Genossen ins Wort fuhr und ihnen mit Ausschluß aus der Verhandlung drohte. **Als Genosse Dieter während des Vortragens eines Beweises nicht sofort zu reden aufhörte, ließ der Richter ihn – ohne ihm das ihm zustehende Gehör zu geben – von Gerichtsdiener Hase abführen. Dieser zerrte Dieter im Würgegriff aus dem Saal, wobei er ihn verletzte. Der Gerichtssaal nebenan wird nun mit Polizei besetzt. Jeder erinnert sich dabei an die Ermordung des Genossen Routhier. Der Antrag auf Entfernung der Polizei wird abgelehnt. Erst meinte der Richter, er wüßte ja gar nicht ob Polizei da ist. Zwei Minuten später muß er zugeben, daß er sie geholt hat.**

Mit der Ablehnung der nächsten beiden Beweisanträge – an diesem Tag jeweils nach einer 10-minütigen Alibipause – wird die Beweisaufnahme schließlich geschlossen, obwohl sie in Wirklichkeit, da ja die Prüfung aller Beweisanträge abgelehnt wurde, überhaupt nicht stattgefunden hat. Welche Bedeutung die Beweisaufnahme für das Gericht hatte, zeigte sich an der Frage des Richters: „Gibt es weitere Beweisanträge oder können wir in der Verhandlung fortfahren?"

Der Prozeß wird auf den nächsten Tag verschoben, an dem nun auch der Rechtsanwalt des Genossen Dieter einen Pflichtverteidigungstermin hat. Der Rechtsanwalt des Genossen Gernot wird vom Gericht weder angehört, ob er erscheinen kann, noch überhaupt zum Termin geladen.

Rechtsanwalt Flint kann für den nächsten Tag Ersatz für seine Pflichtverteidigung finden, kann aber seine Abberufung nicht ausschließen. Trotzdem und obwohl auch Rechtsanwalt Ahues wiederum verhindert ist, wird der Prozeß nicht vertagt. **Der Richter meint dazu, er sähe darin keine unzumutbare Einschränkung der Verteidigung, da sich der Prozeß hingezogen habe und die Angeklagten inzwischen dem Prozeßstoff selbst gewachsen seien. Eine „Begründung" mit der praktisch in jedem Prozeß, der länger als einen Tag dauert, die Verteidiger ausgeschlossen werden können!**

Der Staatsanwalt forderte dann in seinem Plädoyer, die beiden Genossen und somit den ROTEN MORGEN wegen Beleidigung zu bestrafen. Er forderte im wesentlichen die Aufrechterhaltung der erlassenen Strafbefehle.

Rechtsanwalt Flint zeigt in seinem Plädoyer einen Fall auf, in dem der Oberbürgermeister von Frankfurt, Arndt, die GRF (KPD) als Verbrecher und Schläger, als schlimmer als die SA und die SS beschimpfte und er von dem Vorwurf der Beleidigung freigesprochen worden ist, weil seine Äußerung vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei. Er forderte Freispruch.

Die Genossen Gernot und Dieter erheben in ihrem Schlußwort nochmals Anklage gegen die Bourgeoisie und ihre Staatsorgane, wegen Mordes an Genossen Routhier und zeigen wiederum auf, das jedes Wort, das im ROTEN MORGEN stand, der Wahrheit entspricht. Sie entlarven anhand des gelaufenen Prozeßes die Klassenjustiz als Instrument der Bourgeoisie gegen das Volk. Genosse Gernot vergleicht die Bourgeoisie mit einer Verbrecherbande, im Vergleich zu der die Mafia eine kleine Bande von Taschendieben ist. Die Mafia läßt sich gern die Gesellschaft der ehrenwerten Herren nennen. Ähnlich ist es, wenn die Bourgeoisie verlangt, daß man ihre Diktatur über das Volk „freiheitlich-demokratische Grundordnung" nennt. Er sagte weiter, daß der Tag kommen wird, an dem diese Diktatur zerschlagen wird und die Diktatur des Proletariats errichtet wird. Dann wird für das Volk Demokratie herrschen, aber für die Bourgeoisie und ihre Organe, wie auch dieses Gericht, wird es die Unterdrückung geben, die sie verdienen.

Während der ganzen Verhandlung war eines deutlich geworden: Daß es zwischen Richter und Staatsanwalt auf der einen und den „Angeklagten" und den Zuschauern auf der anderen Seite einen tiefen unüberwindbaren Graben gibt. Daran konnte der Richter mit all seinen Drohungen gegen die Zuschauer nichts ändern. Als zu Anfang des Prozeßes Genosse Dieter gesprochen hatte, klatschten alle Zuschauer. Der Richter drohte daraufhin bei weiterem Klatschen mit Ausschluß der Öffentlichkeit. Als dann Genosse Gernot gesprochen hatte, erhoben alle geschlossen die geballte Faust

Beim Schlußwort des Genossen Dieter standen alle Zuschauer auf und hoben schweigend die Faust, woraufhin der Richter vorläufig den Saal räumen ließ und für weitere Äußerungen gleich welcher Art Ordnungshaft androhte. Als nun der Richter nach Gernots Rede darauf wartete, seine Ordnungsstrafe auszusprechen, war dies vergeblich. Es herrschte eisiges Schweigen. Und als er dann im Namen des Volkes das Urteil verkündete, wußte jeder, daß es reiner Hohn ist, wenn dieser Richter den Namen des Volkes in den Mund nimmt. Das Urteil wegen fortgesetzter Beleidigung war für Genossen Dieter 700 DM und für Genossen Gernot 750 DM sowie – und das ist der Klassenjustiz am wichtigsten – die Einziehung der Auflage und der Druckstöcke des ROTEN MORGEN 25 und 26/74 und des Flugblattes zum Mord an Genossen Günter. Auf Kosten der Genossen soll außerdem das Urteil in der NRZ veröffentlicht werden.

Nach dem Prozeß sprachen wir mit vier Zuschauern, die bisher noch nicht politisch tätig waren, die auch noch Illusionen in diesen Staat hatten. Alle vier haben sich entschlossen, in Zukunft aktiv gegen diesen Staat der Bourgeoisie zu kämpfen. Sie haben ihre Illusionen in ihn verloren. Eine Frau, die beim Prozeß war, schreibt uns: „Die beiden Angeklagten bekamen nicht das Recht zur Verteidigung, obwohl sie alles ruhig und besonnen vortrugen . . . Der Vorsitzende kannte nur das eine Sprüchlein: ‚Ich entziehe ihnen hiermit das Wort'. Hatte er dieses mal wieder vollbracht, war es höchste Zeit, das Amtskleid auszuziehen, mit den Worten: ‚10 Minuten Pause'. So ging das Spielchen über Stunden, wäre es nicht so abgrundtief traurig, wäre es nur zum Lachen. Und für diese Späße erhalten diese Herren Tausende von Mark, die den deutschen Männern und Frauen aus ihren Lohntüten gestohlen werden . . . Die Aufgabe des Vorsitzenden bestand darin, das Wort zu entziehen und Pause machen. Ich mußte denken, wie schön wäre das, auch eine Arbeit zu finden – 5 Minuten labern, 10 Minuten Pause."

Zum Schluß schreibt die Frau: „Heute bin ich überzeugt, daß wir nicht in einem freien Staat leben. Nicht auf Faschisten und Kapitalisten warten müssen, denn sie sind schon alle wieder da. In allen großen und verantwortlichen Stellen sitzen wieder Faschisten und die Polizisten werden von ehemaligen SS-Schergen ausgebildet. So frei sind wir heute! Die Mörder sind unter uns!"

KOMMENTAR

Der Prozeß um die ROTEN MORGEN Nr. 25 und 26 aus dem letzten Jahr ist vorbei. Wie ist das Urteil in diesem Prozeß einzuschätzen? Die Gesamtstrafe aus den vorausgegangenen Strafbefehlen betrug 5 500 DM. Das bedeutet, daß das Gericht jetzt mit Geldstrafen von 700 und 750 DM um insgesamt 4 000 DM heruntergegangen ist. Das ist zweifellos ein Erfolg. In der entscheidenden Frage jedoch, bei der es in diesem Prozeß ging – der Frage der Einziehung des ROTEN MORGEN – hat das Gericht den Strafbefehl bestätigt. Durch das nunmehr geradezu absurde Verhältnis zwischen dem Strafmaß für den Verleger und den Redakteur (pro Nummer des ROTEN MORGEN 300 DM Geldstrafe) und der Maßnahme gegenüber dem ROTEN MORGEN (Einziehung der gesamten Auflage) wird völlig offensichtlich, worum es der Bourgeoisie und ihren Gerichten geht: nicht mehr um die Verfolgung einzelner „strafbarer Handlungen" im ROTEN MORGEN, sondern darum, den ROTEN MORGEN als Zentralorgan der KPD/ML auszuschalten zu können, darum, bei allen Genossen, bei denen der „begründete Verdacht" auf den Besitz der betreffenden Nummern des ROTEN MORGEN besteht, durch Hausdurchsuchungen terrorisieren zu können.

Dieser Prozeß war nicht der erste gegen den ROTEN MORGEN. Es gab bisher drei Prozesse gegen Nummern des ROTEN MORGEN aus den Jahren 1972 und 1973, es läuft ein weiteres Verfahren gegen den Genossen Ernst Aust, in dem bereits Anklage erhoben wurde. Aber seit der Ermordung des Genossen Günter stieg nicht nur die Zahl der Verfahren sprunghaft an (fast gegen jede 2. Nummer des ROTEN MORGEN wurden Ermittlungen eingeleitet), sondern es wurde auch zum ersten Mal die Einziehung der Auflage angeordnet.

Für diese verschärften Angriffe auf den ROTEN MORGEN gibt es verschiedene Gründe. Die Partei und der ROTE MORGEN haben von Anfang an erklärt, daß Westdeutschland keine Insel im Klassenkampf ist und daß sich das auch immer deutlicher zeigen wird. Inzwischen sieht jeder daß das stimmt. Die Bourgeoisie sieht sich an immer neuen Fronten den Kämpfen der Werktätigen ausgesetzt. **Diese Kämpfe sind erst der Anfang, aber sie zeigen bereits klar die für die Zukunft wichtige Stoßrichtung: den Drang der Massen, das kapitalistische System abzuschütteln, den Drang der Massen zum Sozialismus.**

Natürlich haben wir heute noch keine revolutionäre Situation, die Lenin so gekennzeichnet hat, daß die Werktätigen nicht mehr bereit sind, so zu leben wie bisher und die Herrschenden nicht mehr so leben und regieren können wie bisher. Wie weit die Angst der Herrschenden bereits geht, kann man daran sehen, daß die Politiker jetzt außer ihren lebendigen Mauern von Leibwächtern schon „Sicherheitsessen' für notwendig halten. Wie nervös die herrschende Klasse bereits ist, zeigte sich an dem brutalen Gifteinsatz der Polizei in Frankfurt gegen die Kinder aus dem Bockenheimer Viertel. Wenn die Polizei mit Waffen zurückschlägt, weil Kinder mit einem Seil eine Straße sperren, dann kann es mit der Ruhe der Kapitalisten und ihrer Polizei wirklich nicht mehr weit her sein.

Die demokratische Fassade des „sozialen Wohlfahrtsstaates" bröckelt immer mehr ab. Der Terror, mit dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft aufrechterhält, kommt immer deutlicher zum Vorschein. Man darf angesichts dieses Terrors nicht den Mut verlieren. Aber man darf ihn auch nicht unterschätzen. Die Bourgeoisie fürchtet die Revolution, aber sie geht auch systematisch dabei vor, sie möglichst zu verhindern. **Sie bereitet Schritt für Schritt, wie Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der Partei, in seiner Rede „Tod dem Faschismus" nachgewiesen hat, die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur vor.**

Ihr gefährlichster Feind im Kampf gegen die siegreiche Revolution ist die Kommunistische Partei. Das ist der zweite Grund dafür, daß die Bourgeoisie mit der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen den Terror gegen den ROTEN MORGEN verschärft und eines Tages auch zum Verbot der Partei und ihres Zentralorgans schreiten wird. Denn der spontane Drang der Massen zum Sozialismus – das ist noch nicht der bewußte Kampf für den Sozialismus. Um die Revolution auf dem kürzesten Weg zu erreichen, um die Diktatur des Proletariats errichten zu können, brauchen die Massen einen Kompaß, brauchen sie die Kommunistische Partei.

Die Partei hat diese Aufgabe seit ihrer Gründung wahrgenommen. In den ersten zwei, drei Jahren hat die Bourgeoisie die Partei und den ROTEN MORGEN im großen und ganzen gewähren lassen. Falls sie gehofft haben sollte, sie könnte mit diesem „Beweis der Demokratie" und vor allem mit ihrer Agentur, den modernen Revisionisten, die Massen desorientieren, so hat sie sich getäuscht. Der Terror, den sie heute bereits wieder gegen die kämpfenden Massen und besonders gegen die KPD/ML und den ROTEN MORGEN entfaltet, zeigt, daß die Verbindung zwischen der Partei und den Massen gewachsen ist, daß die Bourgeoisie das „Gespenst des Kommunismus" für eine reale und ernstzunehmende Gefahr hält.

„Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht", sagt Genosse Mao Tsetung. Verstärken wir in diesem Sinn die Solidarität mit dem ROTEN MORGEN und mit der KPD/ML.

Solidarität mit Paul Pittam!

Mindestens 100 Unterschriften sind inzwischen dafür gesammelt worden, daß Genosse Paul Pittam, ein englischer Kommunist, in Köln bei seiner Familie, an seinem Arbeitsplatz bleiben kann. Die Stadt Köln hat ihn ausgewiesen, weil er die KPD/ML unterstützt und unter anderem deswegen im Kölner Antifaschistenprozeß zu 5 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Am 26. 7. soll er deshalb Köln verlassen. Die Partei hat in Köln und in Bielefeld, wo Genosse Paul früher gewohnt hat, den Kampf gegen seine Ausweisung aufgenommen. Am größten war die Solidarität da, wo Genosse Paul den Kollegen bekannt ist. So unterschrieb bei Wacker in Köln, wo Paul arbeitet, eine ganze Schicht eine Protestresolution. Am Montag, wenige Tage vor dem Ausweisungstermin, fand in Köln eine große Veranstaltung statt, die von fünf ausländischen Organisationen und der GRF (KPD) und der Liga unterstützt wurde.


KPD/ML
Englischem Kommunisten droht Abschiebung aus der BRD
Tod dem Faschismus!

Flugblatt der Partei

Prozeß gegen Martin Peleikis
Polizeiterror im Gericht

Am 15. Juli begann in Flensburg vor dem Landgericht der Prozeß gegen den Kandidaten der KPD/ML bei der Hamburger Bürgerschaftswahl, Martin Peleikis. Er ist angeklagt, weil er ein Flugblatt für die Soldaten in Schleswig-Holstein presserechtlich verantwortlich gezeichnet hat, das überschrieben war: „Im Ernstfall die Gewehre umgedreht und das Offizierspack und die Kapitalisten zum Teufel gejagt!"

Die Bourgeoisie, die hier ihre Staatsschutzparagraphen anzuwenden sucht, will Genossen Martin verurteilen nach § 89 StGB, d.h. wegen „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr" und „Beeinträchtigung der inneren und äußeren Sicherheit" der deutschen Bundesrepublik. Der unverschämteste Angriff aber ist der, daß Genosse Martin wegen Totschlags verurteilt werden soll! Die Überschrift des Flugblattes bedeute Aufruf zum Totschlag, wobei der Anstifter wie ein Täter behandelt wird. Wenn es der Bourgeoisie gelingt, diese Anklage durchzusetzen, werden gegen Genossen Martin schwere Freiheitsstrafen verhängt werden.

Schon am ersten Prozeßtag hatte die Polizei sich offensichtlich vorbereitet, um eine schwere Auseinandersetzung zu provozieren. Das Ziel war klar: Jeder Protest im Zuschauerraum sollte erstickt werden. Schon als die Genossen und die anderen Zuschauer vor dem Gericht ankamen, wurde dies deutlich. Der Haupteingang war von Polizei besetzt, niemand, der nicht eine Vorladung hatte, wurde überhaupt ins Gebäude gelassen. Stattdessen mußten die Zuschauer einen Nebeneingang benutzen, der nur über den Hof zu erreichen war. Hier wimmelte es nur so von voll ausgerüsteten Polizisten; Helme, Schilder und Schlagstöcke lagen griffbereit. Nur ein Teil der Zuschauer durfte überhaupt in den extra kleinen Gerichtssaal. Die Besucher wurden dann einzeln reingelassen und nach Waffen abgetastet. Die Schikane ging so weit, daß die Zuschauer Butterbrote, die sie dabei hatten, aufklappen mußten, Frikadellen auseinandergepuhlt, gekochte Eier aufgeschlagen wurden.

Im Zuschauerraum befand sich eine Reihe von Spitzeln des Verfassungsschutzes und der Polizei. Zwei von ihnen waren direkt an der Eingangstür postiert. Dem Verteidiger gegenüber saß ein Polizeioffizier, der mit Sprechfunk ausgerüstet war. Er hatte die Aufgabe, wenn es zu Tumulten kommen sollte, über Sprechfunk sofort alle Ausgänge abzuriegeln, das Gerichtsgebäude zur Mausefalle werden zu lassen.

Der Rechtsanwalt des Genossen Martin griff gleich zu Beginn der Verhandlung die Anwesenheit bewaffneter Polizei an und forderte, daß diese abgezogen werden. Insbesondere forderte er, daß der Polizeioffizier, der ihm als Rechtsanwalt des Genossen Martin direkt gegenüber plaziert worden war, entfernt wird. Das Gericht aber wies mit geradezu provokatorischer Verhandlungsführung alle Anträge auf Entfernung der Polizei ab. Der Prozeß wurde dann vertagt, bevor es überhaupt zur Personalienfeststellung kam.

Bereits dieser erste Prozeßtag zeigte, daß die Bourgeoisie mit diesem Prozeß, sowohl mit der Anklage wegen Totschlags als auch mit dem schweren Polizeiaufgebot, offen eine Provokation gegen die Partei starten will. Sie wird ihre Antwort erhalten!

Genosse Schorsch im Gefängnis

Am 15. 7. wurde der Genosse Schorsch Schmidt von der Polizei aus seiner Wohnung geholt. Die Polizisten zwangen ihn mitzukommen. Dabei kümmerte sie nicht, daß seine 13 Wochen alte Tochter allein in der Wohnung zurückblieb! Als die Frau des Genossen später nach Hause kam, stand eine Nachbarin schon aufgeregt an der Wohnungstür. Sie hatte nicht nach dem Baby sehen können, weil die Polizisten ihr nicht den Wohnungsschlüssel hinterlassen hatten.

Genosse Schorsch war abgeholt worden, um für 1 1/2 Jahre ins Gefängnis gebracht zu werden. Er hatte am 1. September 1972, dem Roten Antikriegstag, in den Reihen der KPD/ML gegen Imperialismus und Krieg demonstriert. Damals wurde der Genosse, zusammen mit 12 anderen, wegen seiner Teilnahme an der Demonstration festgenommen und von der bürgerlichen Klassenjustiz zu 18 Monaten Gefängnis abgeurteilt.

Bereits am 2. Juni sollte er sich zu einer 18monatigen Haftstrafe in dem Gefängnis von Butzbach stellen. Die Ladung dazu erhielt er am Freitag vorher – drei Tage „genehmigte" ihm die Bourgeoisie, um



seine persönlichen Angelegenheiten zu regeln. Genosse Schorsch jedoch ging nicht freiwillig nach Butzbach. Die 1 1/2jährige Gefängnisstrafe hat ihm die bürgerliche Klassenjustiz aufgezwungen, so soll sie auch ihre Leute schicken, wenn sie den Genossen ins Gefängnis stecken will.

Schreibt dem Genossen Schorsch ins Gefängnis. Seine Adresse:
Johannes-Georg Schmidt
6 Frankfurt 50
Justizvollzugsanstalt 1
Homburger Landstr. 112

Hirohito-Prozeß in Bonn
Richter abgelehnt - 15 Tage Ordnungshaft

Seit dem 3. 6. läuft in Bonn der Prozeß gegen Genossen der GRF (KPD) und Antifaschisten, die angeklagt sind, weil sie 1971 gegen den Staatsbesuch Kaiser Hirohitos aus Japan, einen der größten Völkermörder und Faschisten neben Mussolini und Hitler, demonstriert hatten. Hirohito war enger Verbündeter Hitlers, er war der Oberbefehlshaber der japanischen Armee, die barbarisch andere Völker in Asien überfallen hat.

Die Polizei versuchte damals, die Demonstration mit Gewalt aufzulösen und klagte mehrere Demonstranten wegen Landesfriedensbruch an. Bereits 1974 begann der Prozeß gegen die sechs Angeklagten, der aber nach kurzer Zeit vertagt wurde und jetzt von einem eigens für „Demonstrationsdelikte" hergerichteten Sondergericht in Bonn geführt wird.

Während in Japan die Kaiserfamilie dort, wo sie auftaucht, mit Empörung und Verachtung empfangen wird, so wie kürzlich in Okinawa, wo die Bevölkerung Brandbomben, Steine und Holzknüppel auf die Kaiserfamilie warf, sollen hier in Bonn Revolutionäre und Antifaschisten verurteilt werden, weil sie Hirohito als einen der größten Kriegsverbrecher und Faschisten angegriffen haben.

Geführt wird der Prozeß von dem bekannten Kommunistenrichter Hasse. In den ersten Verhandlungstagen bewies der Richter Hasse bereits, von welcher Sorte er ist. Es hagelte nur so Ordnungsstrafen. Am 11. 7. verhängte er insgesamt 30 Tage Ordnungsstrafen über die Angeklagten. In der Verhandlung selbst verwickelten sich präparierte Polizeizeugen in Widersprüche, so daß Hasse erst einmal die Verhandlung unterbrach. Ein Angeklagter erhielt 3 Tage Haft, weil er einen Zuschauer als Polizisten enttarnte. Auf Grund dessen stellten die anderen Angeklagten einen Ablehnungsantrag gegen den Richter. Allein wegen des Verlesens dieses Antrags bekam ein Angeklagter 5 Tage Ordnungshaft, und als die anderen sich mit ihm solidarisierten, erhielten sie Zusammen 10 Tage.

Mit Terror will die bürgerliche Klassenjustiz die Verteidigung unmöglich machen, um so die Angeklagten leichter verurteilen zu können, und um zu verhindern, daß breit aufgedeckt wird, wie die westdeutschen Imperialisten solche Kriegsverbrecher wie Hirohito verteidigen.

SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN IM HIROHITO-PROZESS!

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Korrespondenzen

Korrespondenzen an: Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

KIEL

Am 25. 6. 75, während der Kieler Woche, fand an der Kieler Universität eine Veranstaltung der „Liga gegen den Imperialismus" statt mit dem Thema: Gegen die Kriegstreiberei durch die beiden Supermächte. Als 15 Minuten vor Beginn zwei Genossen des KSB/ML den Raum betraten, wurden sie von einer KSV-Genossin darüber informiert, daß fast die Hälfte der anwesenden ca. 30 Personen Anhänger der D„K"P und des MSB seien, die bereits am Vortag einen Leserkreis der GRF (KPD) in Gaaden verhindert hatten. Dabei hatten sie einer KSV-Genossin das Nasenbein eingeschlagen. Jetzt wollten die modernen Revisionisten ihre damalige Ankündigung wahrmachen und auch diese Veranstaltung verhindern. Daraufhin alarmierten die beiden KSB/ML-Genossen sofort weitere Genossen und fortschrittliche Kommilitonen und kamen den anderen zu Hilfe. Den Beginn der Veranstaltung versuchten die Revisionisten durch Sprechchöre zu verhindern. Als ihnen das nicht gelang und die Teilnehmer der Veranstaltung sich zu wehren begannen, inszenierten diese Sozialfaschisten eine blutige Schlägerei, in deren Verlauf einem KSV-Genossen Zähne ausgeschlagen wurden und die Nase verletzt wurde. Einem anderen Genossen wurde eine Wunde am Auge zugefügt. Schließlich gelang es durch den gemeinsamen, mutigen Kampf der Genossen aber doch, daß diese zum Teil angetrunkenen Elemente mit dem D„K"P-Ortsvorsitzenden Möbius in der Mitte vor die Tür befördert wurden.

Genossen aus Kiel.

HAMBURG

Am 9. 7. 75 fand in Hamburg eine Pressekonferenz zum drohenden Berufsverbot für Prof. J. Hiltmann, den Vizepräsidenten der Hochschule für Bildende Künste statt.

Der Hamburger Senat wirft Hiltmann vor, daß er sich nicht durch sein gesamtes Verhalten „zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" bekenne. Hiltmann wird u.a. vorgeworfen, Mitglied des „Initiativkomitees für die Stärkung des Filmwesens in der DRV" zu sein, einen Spendenaufruf dieser Organisation unterzeichnet zu haben, sich an einer Vietnam-Demonstration beteiligt zu haben, einen Aufruf des Komitees „Weg mit dem Sonderforschungsbereich 115 an der Uniklinik Eppendorf" (dort wurden u.a. Methoden zur „Verfeinerung" der Isolationsfolter entwickelt) unterzeichnet und Hilfsorganisationen der GRF (KPD) unterstützt zu haben.

Hiltmann betonte, daß die Berufsverbote gegen fortschrittliche Dozenten und Künstler ein „Klima der Angst und des Duckmäusertums" an Hochschulen und Universitäten erzeugen sollen, um fortschrittliches politisches Engagement von Studenten und Dozenten bereits im Keim zu ersticken. Prof. Hiltmann erklärte weiter, daß ihn das willkürliche Vorgehen der Behörde stark an die Zeit der faschistischen Terrorherrschaft erinnere.

J. HILTMANN MUSS HOCHSCHULLEHRER BLEIBEN!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

BIELEFELD

Gegen die Genossen Christel und Wolfram läuft z. Z. in Bielefeld ein Prozeß wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, schwerer Körperverletzung mit einem gefährlichen Gegenstand und Beleidigung, weil sie an einer Kundgebung anläßlich des Todes von Günter Routhier teilnahmen. Noch vor Prozeßbeginn erhielt Genosse Wolfram eine Rechnung über 2 000 DM als Schmerzensgeld für einen angeblich verletzten Polizisten – es steht also von vornherein für das Gericht fest, daß sie „schuldig sind". Zynisch erklärte Richter Junker bereits in der ersten Sitzung, es könnte noch teurer werden. Als er merkte, daß sich die Genossen durch diese Drohungen nicht einschüchtern lassen, setzte er auf die Taktik, die Öffentlichkeit und die Verteidigung mit einem raffinierten Trick auszuschalten: **Statt den Prozeß zu Ende zu führen, setzte er für die nächsten Wochen für jeden Donnerstag einen Prozeßtermin an – jeweils von einer halben Stunde Dauer. Das hat keinen anderen Zweck, als einen Rechtsbeistand auszuschließen – welcher Verteidiger kann schon jeden Donnerstag von 14.30 bis 15 Uhr an einem Prozeß teilnehmen! – und das Publikum auf kaltem Weg hinauszuwerfen.**

Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung! Prozeßtermin: Jeden Donnerstag, Amtsgericht Bielefeld, 14.30 Uhr, Zimmer 235.

ESSEN

Genosse Fred B. aus Essen erhielt jetzt einen Strafbefehl über 1 200 DM, weil er ein Flugblatt zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen verteilt haben soll.

MÜNCHEN

In München wird am 1. 8. um 13 Uhr vor dem Amtsgericht in der Pacellistraße ein Prozeß gegen die Genossen Remidius G. und Manfred R. stattfinden, weil sie angeblich den ROTEN MORGEN Nr. 26 verkauft haben sollen. Die Anklage lautet auf § 90a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland).

WÜRZBURG

Am 4. 8 um 8.30 Uhr wird im Amtsgericht Würzburg, Zimmer 135, ein Prozeß gegen die Genossen Gerd S. und Eberhard P. stattfinden. In diesem Prozeß geht es ebenfalls um die Ermordung des Genossen Günter. Die Anklage lautet auf § 90a.

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

MANNHEIM

In Mannheim werden in der nächsten Zeit mehrere Prozesse im Zusammenhang mit den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen im vorletzten Jahr stattfinden. Diese Prozesse dienen offensichtlich der Einschüchterung, da in Mannheim erneut Fahrpreiserhöhungen zu erwarten sind.

Am 24. 7. um 14.30 Uhr wird im Amtsgericht Mannheim ein Prozeß gegen Beate Maas stattfinden wegen „Teilnahme an einer unerlaubten Demonstration". Am 6. 8. wird im Amtsgericht Mannheim um 15.45 Uhr ein Prozeß wegen angeblichen Verteilens von Flugblättern zu den Fahrpreiserhöhungen stattfinden.

Solidarität mit den politisch Verfolgten

26. 11., Buchladen „Roter Morgen", München, RAKT-Prozesse, 456,26 DM – 27. 11., R. M., Konstanz, 20 DM – 28. 11., Veranstaltung OG Frankfurt, 210,64 DM – 28. 11., OG Duisburg, 285,10 DM – 29. 11., W. K., Essen, 10 DM – 4. 12., China-Veranstaltung, RAKT-Prozesse, 126 DM – 6. 12., Veranstaltung OG Mannheim, 91,76 DM – 10. 12., Arbeitertreff Hamburg-Altona, 69,92 DM – 16. 12., J. B., Essen, 20 DM – 19. 12., W. W., Hamburg, Ernst Aust-Prozeß, 17 DM – 20. 12., RH Ostwestfalen für Kercher/Baron, 126 DM – 23. 12., Genossen aus Köln, 55 DM – 2. 1. 75, Albanienveranstaltung Wiesbaden, 39,20 DM – 8. 1., KSB/ML-Veranstaltung Kiel, 25 DM – 13. 1., Soldatenfaustprozesse, 40 DM – 31. 1., OG Bochum, Veranstaltung 24. 1., 72 DM – 5. 2., Lesekreis Mainz, RAKT-Prozesse, 34,55 DM – 14. 2., 6. Jahrestagsveranstaltung, Westberlin, 3 000 DM – 20. 2., Diskussionskreis Marburg, RAKT-Prozesse, 45,35 DM – 5. 3., Diskussionskreis Marburg, RAKT-Prozesse, 44,30 DM – 12. 3., Sascha-Veranstaltung, RG, Hamburg, 260,77 DM – 13. 3., Genossen aus Kassel, RAKT-Prozesse, 25 DM – 18. 3., Arbeitertreff Kiel-Friedrichsort vom 21. 1., 40,35 DM – 21. 3., J. B., Essen, 20 DM – 24. 3., Hochzeitsfeier Kempten, 450 DM – 2. 4., Hannoversch-Münden 8,30 DM – 7. 4., J. Z., Wiesbaden, 36 DM – 8. 4., aus Leusfeld, RAKT-Prozesse, 63,20 DM – 17. 4., „Altes Sängerheim", 140 DM – 2. 5., OG Bochum, 145,44 DM – 9. 5., P. W., Immenstaad, 12 DM – 14. 5., OG Neumünster, 20,50 DM – 23. 5., Sympathisantenkreis und KSB/ML Darmstadt, 1 912 DM – 23. 5., W. H., Sternsdorf, 50 DM – 26. 5., Hochzeitsfeier Westberlin, 365 DM – 30. 5., H. Flensburg, 15,50 DM – 6. 6., B. Essen, 20 DM – 11. 6., C. H., Würzburg, 40 DM – 12. 6., Jugendtreff Altona, 20 DM – 16. 6., OG Lübeck, für Sascha, 21,56 DM.

Summe in diesem Zeitraum 7.563,70 DM.

In den Gefängnissen der DDR

Terror gegen Kommunisten

In seiner Rede „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte!" hat Genosse E. Aust betont: „Wir dürfen uns keiner, auch nicht der geringsten Illusion über den aggressiven, faschistischen Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus hingeben! Sie würden im Falle einer Besetzung Westdeutschlands jeden Marxisten-Leninisten, dessen sie habhaft würden, ermorden."

Die Erfahrungen der GRF-(KPD-)Genossen mit den Lakaien der Kreml-Zaren in der DDR unterstreichen das mit Nachdruck: Bei den Vernehmungen durch den SSD wurden ihnen Fotos vorgelegt, auf denen sie beim Zeitungsverkauf zu erkennen sind, andere zeigten sie bei einer Demonstration – aufgenommen offensichtlich hinter den Polizeiketten, die Gesichter der Spitzel unkenntlich gemacht.

Diese Bilder, zu denen natürlich auch die entsprechenden Listen nicht fehlen, zeigen das faschistische Unterdrückergesicht der Sozialimperialisten und ihres Anhangs. Sie bereiten sich auf den Tag vor, an dem sie in Westdeutschland einfallen und ihre Herrschaft über das ganze deutsche Volk und die Völker Westeuropas errichten wollen. Listen und Bilder von Kommunisten, das ist schon seit eh und je ein Teil der Vorbereitung der Bourgeoisie auf neue imperialistische Kriege und die Unterdrückung der Völker durch den Faschismus. Die Ermordung der polnischen Arbeiterführer durch die Gierek-Clique, die Verfolgung der Marxisten-Leninisten durch die Sozialfaschisten um Cunhal in Portugal zeigen: Der Sozialimperialismus weiß, daß die Marxisten-Leninisten seine Todfeinde sind, weil sie ihm die Maske vom Gesicht reißen und im bewaffneten Kampf das Volk zum Sieg über Ausbeutung und Unterdrückung führen.

Noch etwas beweisen die Bilder der Sozialfaschisten: Die Achtgroschenjungs der D„K"P haben nicht abseits gestanden, sondern haben ihren Teil dazu beigetragen, daß die Bilder entstanden und in die Hände des DDR-Staatssicherheitsdienstes gelangt sind. Daß sie dabei mit dem Wohlwollen des westdeutschen Staatsapparates rechnen können, hat sich schon bei anderen Gelegenheiten deutlich gezeigt.

Ebensowenig wie die westdeutschen Imperialisten freiwillig ihre Macht abtreten, werden es auch die Sozialimperialisten tun. Ihre Vorbereitungen dienen der physischen Liquidierung der Marxisten-Leninisten und der Verfolgung fortschrittlicher Menschen. Doch wir haben die starke Waffe der Verbindung mit den Volksmassen. Daran werden auch diese Unterdrücker scheitern, wie alle großen und kleinen Hitlers vor ihnen. Der Sieg der Völker Vietnams und Kambodschas hat erneut gezeigt, daß der bewaffnete Kampf des Volkes unter Führung der kommunistischen Partei zum Erfolg führt, die Pläne der Imperialisten zunichte macht. So wird es auch dem deutschen Volk gelingen, in der sozialistischen Revolution ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu erkämpfen.

Gespräch mit einem Genossen aus der CSSR

Korrespondenz. Bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt habe ich ein sehr interessantes Gespräch geführt. Ich wurde von einem Genossen aus der CSSR angesprochen, der vor drei Monaten in die Bundesrepublik geflohen ist. Schon seine Anrede war ungewöhnlich: „Seid Ihr Faschisten oder echte Kommunisten?" Auf meine Antwort, daß Kommunisten nie Faschisten sein können, erzählte er mir von der CSSR.

„Auch bei uns gibt es Leute, die sich Kommunisten nennen, und zwar unsere Besatzer aus Moskau, aber sie handeln nicht wie Kommunisten, sondern wie damals die Faschisten." Er erzählte mir, daß viele Menschen in der CSSR diese „Moskauer Kommunisten" nur noch als Faschisten bezeichnen und meinte: „Der Haß gegen die russischen Besatzer ist genauso groß wie damals gegen die deutschen Faschisten!"

Dann erzählte er mir über die Praktiken der Sozialimperialisten. Er selbst hat als Angestellter in einem Gefängnis gearbeitet. Dort haben in der Gefängnisleitung und im Personal mehrere ehemalige Faschisten das Sagen, während alte Widerstandskämpfer, die sich auch ehrlich gegen die russischen Besatzer wehren, in den Zellen sitzen. Er bestätigte damit das, was unsere Partei schon immer zu den Sozialimperialisten sagte: Daß sie nämlich die Völker im Osten unterdrükken und eine faschistische Diktatur nach der Art Hitlers errichtet haben.

Zum Handel mit Moskau meinte er: „Meine Freundin arbeitet im tschechischen Außenhandelsbüro. Dort müssen die Tschechen durchschnittlich 7-8 Jahre warten, bis sich die Moskauer Herren bequemen, ihre Rechnungen und Kredite zu zahlen. Manchmal tun sie das überhaupt nicht."

Auch zu den Handelsbedingungen mit der UdSSR nannte er mir einige Beispiele: Nach seinen Worten gibt es in der CSSR sehr große Uranvorkommen. Diese werden nahezu ausschließlich von den SU-Imperialisten ausgebeutet bzw. zu Spottpreisen aufgekauft und dann viel teurer an andere Länder weiterverkauft (z.B. an die Bundesrepublik).

Hier zeigt sich ganz deutlich die Rolle der CSSR bzw. der gesamten Ostblockstaaten: Sie sind ein Reservoir mit Rohstoffen, Industrie- und landwirtschaftlichen Gütern, das sich Moskau geschaffen hat und aus dem es schöpfen kann, um mit den Produkten der Ausplünderung dieser Länder andere Länder von sich abhängig zu machen.

Sehr interessant war auch zu hören, wie die Funktionäre und Bürokraten dort leben. Sie sind in allem privilegiert, haben Fernseher, dicke Autos und feudale Häuser und werden bei allem bevorzugt, z.B. beim Kauf eines Autos (worauf ein tschechischer Arbeiter 5-10 Jahre warten muß). Der Genosse sagte, daß diese Schmarotzer sogar in eigenen Villenvierteln wohnen, wie hier bei uns die Kapitalisten, und diese Villen bekommen sie nahezu geschenkt. Zu all diesen Vorzügen sagen diese Herren dann noch zynisch: „Das gehört ja nicht mir, das gehört der Partei und dem Staat."

Auch in der DDR, in der sich der Genosse längere Zeit aufgehalten hat, sei das ebenso. „Es ist dort sogar noch schlimmer als in der CSSR", war seine Meinung.

Als ich ihm erklären wollte, wie z.B. in der VR China eine solche Entwicklung verhindert wird, unterbrach er mich und sagte: „Ich weiß darüber gut Bescheid! Denn auch in der CSSR können die Sozialfaschisten nicht verhindern, daß uns die Erfolge von China und Albanien zu Ohren kommen." So erzählte er, wie andauernd versucht würde, Radio Tirana zu stören. „Gerade auf China und Albanien haben die SU-Besatzer und ihre Helfer eine unheimliche Wut und bekämpfen diese Länder schlimmer als die anderen Imperialisten. So verbreiten sie andauernd, daß die VR China einen Überfall auf die UdSSR plane."

Abschließend meinte er mit einem Seitenblick auf die herumprügelnde Frankfurter Polizei: „Na ja, aber ihr habt es ja hier auch nicht besser."

Die Sowjetunion ein durch und durch kapitalistischer Staat

In den Auseinandersetzungen mit den modernen Revisionisten stellen diese immer wieder demagogisch die Frage: „Wieso behauptet ihr, die Sowjetunion von heute sei ein kapitalistischer Staat? Gibt es dort etwa große Privatbetriebe, ist dort nicht fast alles staatlich?" Diese Demagogie ist natürlich raffiniert. Es gehört eben zu den geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse, daß im Kapitalismus der Reichtum des Landes und mit ihm die wirtschaftliche und politische Macht sich in den Händen einiger Monopolkapitalisten konzentriert. Die Grundlage ihrer Macht ist die Tatsache, daß sie die Fabriken und fast alle Produktionsanlagen besitzen, daß sie das Geld haben, die menschliche Arbeitskraft zu kaufen, daß sie – kurz gesagt – Besitzer der Produktionsmittel sind. Wenn aber die Produktionsmittel dem Staat gehören, kann man dann eigentlich von Kapitalismus sprechen?

Man darf bei der Analyse des kapitalistischen Charakters der sowjetischen Wirtschaft nicht auf äußere Erscheinungen und auf die Demagogie der Verräter am Marxismus-Leninismus hereinfallen. Man darf auch nicht von juristischen Gesetzen und Formen ausgehen, die noch eine sozialistische Hülle wahren, sondern muß sich – wie auch die Klassiker des Marxismus-Leninismus lehren – auf die realen wirtschaftlichen Verhältnisse stützen. Bei seiner Kritik an den Volkstümlern lehrte Lenin die Marxisten: *„Um den Typ einer Wirtschaft zu bestimmen, müssen natürlich die **ökonomischen Hauptkennzeichen** einer Ordnung und **nicht die juristischen Formen** herangezogen werden."*

Die ökonomische Realität in der Sowjetunion ist heute so, daß die neue Bourgeoisie keine vom Notar bestätigte Eigentumsurkunde an den Produktionsmitteln braucht. Die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion kann es sogar zulassen, daß die sowjetischen Werktätigen den Wortlaut der Verfassung der Sowjetunion in ihren Schubfächern haben, in der das Recht des Gemeineigentums gesetzlich verankert ist. Nicht aufgrund irgendwelcher Gesetze und Deklarationen, sondern aufgrund ihrer realen Stellung verfügt die neue Bourgeoisie über die Produktionsmittel, kann sie die Arbeiterklasse der Sowjetunion ausbeuten. **Wenn die Produktionsmittel dem Staat gehören, dann ist eben die entscheidende Frage: Wem gehört der Staat?** Und der Staat in der Sowjetunion ist der Staat der neuen Bourgeoisie, ein faschistischer Unterdrückungsapparat gegenüber der Arbeiterklasse und dem gesamten werktätigen Volk. Unter der Führung von Chruschtschow und seiner Clique hat die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion die Macht in der Partei und im Staat an sich gerissen. Sie hat den sowjetischen Staat, der ein Instrument der Herrschaft der Arbeiterklasse war, zerschlagen und an seine Stelle einen faschistischen Staatsapparat als Instrument der Diktatur der neuen Kapitalistenklasse errichtet. So besitzt die neue Bourgeoisie mittels ihres Staatsapparates die Produktionsmittel, über die sie auch mittels des Staates verfügt.

Die Hauptform des Kapitalismus in der Sowjetunion ist so der staatsmonopolistische Kapitalismus neuen Typs. Der Zusatz „neuen Typs" soll dabei keineswegs besagen, daß es sich hier um einen in seinem Wesen vom Kapitalismus westlicher Prägung verschiedenen Kapitalismus handelt. Damit soll nur ausgedrückt werden, wie dieser staatsmonopolistische Kapitalismus in der Sowjetunion entstanden ist. **Dieser Staatskapitalismus entstand als Abschluß des Entartungsprozesses der Diktatur des Proletariats zu einer Diktatur der neuen Bourgeoisie.**

Wie die westdeutschen Kapitalisten pressen die neuen Kapitalisten in der Sowjetunion immer größeren Mehrwert aus der Arbeiterklasse heraus. Der gesamte von der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion angeeignete Mehrwert nimmt aber verschiedene Formen an. Als kollektive Besitzerin der Produktionsmittel eignet sich die neue Bourgeoisie einen Teil dieses Mehrwerts über ihren Staat an. Diesen Teil besitzt sie wie die Produktionsmittel als Klasse, nicht als Individuum. Sie nutzt ihn zum Unterhalt des Staatsapparates, für die Armee und die Aufrüstung, für Investitionen usw. Einen anderen Teil des Mehrwerts teilt die neue Kapitalistenklasse in der Sowjetunion aber individuell unter sich auf. Das geschieht in Form fetter Gehälter und unzähliger Prämien. Es genügt, diesen zweiten Teil des von der Sowjetbourgeoisie der Arbeiterklasse geraubten Mehrwerts, den sie sich individuell in Form von Gehältern und Prämien aneignet, mit dem Lohn eines einfachen Arbeiters in der Sowjetunion zu vergleichen, um zu sehen, wie die neue Bourgeoisie die Werktätigen ausbeutet. Heute sind die Gehälter der hohen Manager in der Sowjetunion – von den Spitzeneinkommen in Partei, Staat, Armee, Wissenschaft usw. ganz zu schweigen – um das fünfzehn- bis zwanzigfache höher als der Mindestlohn der einfachen Arbeiter. Selbst die frisierten Angaben sowjetischer Statistiken lassen erkennen, daß der Ausbeutungsgrad 1972 um 23% größer war als 1960.

Um ihre Herrschaft zu sichern und die Arbeiterklasse zu spalten, benutzt die neue Bourgeoisie einen Teil ihres Profits dazu, gezielt einen kleinen Teil der Arbeiterklasse durch Prämien zu bestechen, um so eine Arbeiteraristokratie heranzubilden wie in den anderen kapitalistischen Ländern.

Der Staatskapitalismus ist die Hauptform des Kapitalismus in der Sowjetunion. Das ist auch der hervorstechendste Unterschied zwischen dem Kapitalismus in der Sowjetunion und dem Kapitalismus bei uns. Aber auch in den westlichen kapitalistischen Ländern gibt es kapitalistische Betriebe, die verstaatlicht sind (z.B. die Bundesbahn, die Bundespost usw.). Aber diese staatskapitalistischen Betriebe sind Instrumente der privatkapitalistischen Monopole. Andererseits gibt es auch in der Sowjetunion neben dem dominierenden Staatskapitalismus andere Formen des Kapitalismus. Durch die fetten Einkommen können die neuen Kapitalisten in der Sowjetunion sich nicht nur ein Luxusleben finanzieren. Sie machen darüber hinaus kolossale „Ersparnisse". Es geht hier nicht darum, daß die Möglichkeit von Ersparnissen in der sozialistischen Gesellschaft abgelehnt werden muß. Aber wenn diese „Ersparnisse" nur bestimmte Leute erwerben können, wenn diese „Ersparnisse" denen mit den höchsten Einkommen auch noch zusätzlich hohe Zinsen bringen, dann sind das in Wirklichkeit keine „Ersparnisse", sondern verleihbares Kapital – Geld, das Geld zeugt. Dazu hat Lenin gesagt: *„Ausgangspunkt jedes Kapitals, ob Industrie- oder Handelskapital, ist die Bildung freier Finanzmittel in den Händen von einzelnen Personen. Unter freien Mitteln werden die Finanzmittel verstanden, die nicht persönlich angewandt werden müssen."* Heute verfügen die sowjetischen neuen Bourgeois und andere Privilegierte, einen Teil der Arbeiteraristokratie eingeschlossen, über fast 60 Mrd. Rubel, die jährlich über 2 Milliarden Zinsen bringen, ohne daß sie auch nur einen Finger dafür zu krümmen brauchen. Außerdem existieren noch andere Formen privaten Geldkapitals wie Staatsanleihen, Versicherungen usw.

Wir können hier nicht auf alle Formen der kapitalistischen Entwicklung in der Sowjetunion eingehen. Es sei aber noch darauf hingewiesen, daß – wie Lenin gesagt hat – die einfache Warenproduktion *„unausgesetzt, täglich, stündlich Kapitalismus erzeugt"*. Diese von Lenin aufgezeigte Gesetzmäßigkeit ist insbesondere auch wichtig, um zu verstehen, wie der Kapitalismus auf dem Lande in der Sowjetunion restauriert wurde und wie er sich weiter entwickelt und ausweitet. Hier spielt einmal die gezielte und systematische Erweiterung der Privatparzelle eine große Rolle. Es ist völlig richtig, daß die Genossenschaftsbauern einen Eigenhof für einige ihrer familiären Bedürfnisse halten können, solange die Genossenschaften nicht die Möglichkeit haben, alle Bedürfnisse ihrer Mitglieder in jeder Hinsicht zu erfüllen. Werden aber diese Privathöfe ständig erweitert, werden sie nicht für familiäre Bedürfnisse genutzt, sondern zur ständigen Erweiterung des privatkapitalistischen Warenmarktes, dann liegt hier eine der Wurzeln für die kapitalistische Entwicklung auf dem Land.

NEUERSCHEINUNG IM VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR PEKING

MARX, ENGELS UND LENIN ÜBER DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Preis 0,40 DM

zu bestellen bei:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Das alles zeigt, daß die neue Bourgeoisie der Sowjetunion zwar bestimmte juristische Formen und Hüllen aus der Zeit Lenins und Stalins beibehalten hat, auf die sich die modernen Revisionisten stets demagogisch berufen, daß die Sowjetunion heute aber ein durch und durch kapitalistischer Staat ist. Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß wir diese Tatsache der Arbeiterklasse und den breiten werktätigen Massen bewußt machen. **Die neuen Zaren im Kreml begehen täglich neue Verbrechen gegen die Völker und ziehen sich den wachsenden Haß der Arbeiterklasse zu. Es gehört zum Arsenal des Antikommunismus, daß die Bourgeoisie versucht, die Verbrechen der Sozialimperialisten als „Produkt des Sozialismus" hinzustellen.** In der Absicht, so den Sozialismus vor den Massen zu diskreditieren, wird die Bourgeoisie natürlich von den modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW unterstützt. Dagegen müssen wir den Massen den kapitalistischen Charakter der Sowjetunion und der anderen revisionistischen Länder erklären und das leuchtende Beispiel der wahrhaft sozialistischen Länder wie der VR China und der VR Albanien propagieren.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Gemeinsame Erklärung der KPSp/ML und der KPD/ML verabschiedet

Vor kurzem fand ein Gespräch zwischen Delegationen des ZK der KPD/ML und des ZK der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (KPSp/ML) statt. Dieses Gespräch fand in einer Atmosphäre brüderlicher Kampfverbundenheit statt und bedeutete einen weiteren Schritt vorwärts zur noch engeren Gestaltung der brüderlichen Beziehungen, die schon immer zwischen beiden Parteien auf der Basis der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus bestanden.

Beide Delegationen tauschten Informationen und Einschätzungen aus über die ökonomische, soziale und politische Situation, über die schwere Krise, die das kapitalistische System einschließlich des unter Führung der Sozialimperialisten stehenden revisionistischen Lagers erschüttert. Ferner wurde über die Fortschritte und Erfolge beider Parteien berichtet und beraten, wie die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit verstärkt werden kann.

Es zeigte sich volle Übereinstimmung bei der Einschätzung der grundlegenden Probleme und Aspekte der internationalen Lage, wofür die internationale Generallinie, von unserer chinesischen und von unserer albanischen Bruderpartei entwickelt, die Grundlage bildet. Beide Delegationen begrüßen die korrekte Außenpolitik der VR China, die unter Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche entscheidend zur Stärkung des antiimperialistischen Kampfes der Völker, der sozialistischen Länder und des internationalen Proletariats, besonders gegen die beiden Supermächte, US-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus, beiträgt. Desgleichen brachten beide Delegationen ihre völlige Übereinstimmung mit der korrekten Außenpolitik der VR Albanien zum Ausdruck, die kräftig dazu beiträgt, den Kampf der Völker gegen die Reaktion und die beiden Supermächte zu verstärken.

Es zeigte sich Übereinstimmung über die große Verantwortung und über die Aufgaben, die die marxistisch-leninistischen Parteien in der jetzigen Situation haben. Beide Delegationen betonen die unbedingte Notwendigkeit, den Kampf gegen die beiden Supermächte mit allen Mitteln fortzusetzen und zu verstärken, die breiten Massen aufzuklären über die Gefahr für die Völker der Welt. Der SU-Imperialismus und der US-Imperialismus sind heute die größten Feinde der Menschheit, gegen die die revolutionären Kräfte mit den marxistisch-leninistischen Parteien an der Spitze kämpfen müssen. Zeitweilig kollaborieren die Supermächte miteinander und sprechen sich ab, aber ständig rivalisieren sie um die Welthegemonie, und besonders der SU-Imperialismus unternimmt verstärkt Anstrengungen, sein Einflußgebiet zu erweitern. Sie reden von Frieden, arbeiten aber einerseits bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker und bei der Niederwerfung ihrer revolutionären Kämpfe zusammen, intensivieren andererseits ihren Rüstungshaushalt, streiten um die Kontrolle der Meere und steigern die Schlagkraft ihrer Militärpakte, der Nato und des Warschauer Paktes. Die Kollaboration und gleichzeitig wilde Rivalität der beiden Supermächte stellt eine ernsthafte Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker dar, besonders für die Völker Europas, des mittleren Orients und Südostasiens.

Aber der Kampf der Völker gegen Hegemonie wächst an, und die beiden Supermächte gehen ihrem völligen Zusammenbruch entgegen. Die Krise, die jetzt an den Fundamenten des kapitalistischen und revisionistischen Lagers rüttelt, ist ein Ausdruck der weiteren Verschärfung der vier grundlegenden Widersprüche unserer Epoche:

1. Zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und den Imperialisten, einschließlich den Sozialimperialisten, auf der anderen Seite;
2. Zwischen dem Proletariat einerseits und der Bourgeoisie, einschließlich der neuen Bourgeoisie in den revisionistischen Ländern, auf der anderen Seite;
3. Zwischen den imperialistischen Ländern, insbesondere zwischen den beiden Supermächten;
4. Zwischen den sozialistischen Ländern einerseits und den kapitalistischen, einschließlich der revisionistischen, Länder andererseits.

Die Zuspitzung dieser Widersprüche zeigt, daß die Tendenz der heutigen Weltentwicklung die Revolution und der Sieg des Sozialismus und der Untergang des Imperialismus ist. Den marxistisch-leninistischen Parteien stellt sich die Aufgabe, die Bewußtheit und Organisiertheit der Massen im Kampf gegen die Supermächte und die von ihnen ausgehende Kriegsgefahr zu erhöhen: Gemeinsam mit allen Kräften, die vereinigt werden können, einen neuen imperialistischen Krieg entweder durch Volkskrieg und Revolution zu verhindern oder ihn in jedem Land in Volkskrieg und Revolution zu verwandeln und dadurch den schmutzigen Plänen der beiden Supermächte einen vernichtenden Schlag zu versetzen.

Auf der Basis dieser prinzipiellen Positionen stimmen beide Parteien darin überein, daß die Intensivierung des Kampfes gegen den modernen Revisionismus von äußerster Wichtigkeit und Dringlichkeit ist, auch der Kampf gegen die im jeweiligen Land existierenden opportunistischen Gruppen, die sich unter der Fahne des Marxismus-Leninismus zu tarnen versuchen. Daß es notwendig ist, mit allen Kräften jede Art von revisionistischen und opportunistischen Strömungen, die sich in den revolutionären Reihen zeigen, zu schlagen, eine klare Trennungslinie auf allen Gebieten zwischen dem modernen Revisionismus und dem Marxismus-Leninismus zu ziehen und zu vertiefen. Die Tatsachen beweisen immer eindeutiger die Rolle des Revisionismus als organisiertem Trupp und Agenten des Imperialismus und Sozialimperialismus. Sein Ziel ist es, die gerechten Kämpfe fehlzuleiten und abzudrosseln und der Konterrevolution zum Sieg zu verhelfen. Deshalb können die Kämpfe der Arbeiter und die Kämpfe der Völker ohne einen entschlossenen, prinzipienfesten Kampf zur Entlarvung, Isolierung und Zerstörung des revisionistischen Einflusses weder auf eine höhere Stufe gehoben werden, noch kann sicher auf dem revolutionären Weg zum Sozialismus fortgeschritten werden.

Beide Parteien halten es für lebenswichtig, die internationalistischen Bande zwischen den verschiedenen marxistisch-leninistischen Parteien und Kräften enger zu gestalten und zu verstärken; die Zusammenarbeit, Solidarität und die gegenseitige aktive Unterstützung weiterzuentwickeln und so den Kampf gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und modernen Revisionismus im Weltmaßstab ständig zu stärken. Die KPD/ML und die KPSp/ML sind sich bewußt, daß ihr Kampf unlöslich mit dem Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Welt verbunden ist.

An dieser Stelle folgt in der gemeinsamen Erklärung eine ausführlichere Erläuterung der KPD/ML zur Lage in Deutschland, die wir aus Platzgründen nicht abdrucken. In der Erklärung heißt es dann weiter:

Die KPSp/ML begrüßt in brüderlichem und kameradschaftlichem Geist die bedeutsamen Fortschritte der KPD/ML sowie ihre korrekte politische Linie und ihren vorbildlichen proletarisch-revolutionären Geist. Sie unterstützt voll und ganz die richtige Losung: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Die KPSp/ML informierte ihre Bruderpartei über ihre Erfolge und über den revolutionären Generalstreik des vergangenen Herbstes. Die KPD/ML freut sich über den Erfolg dieser großen revolutionären Bewegung in Spanien. In diesem für die Gesamtheit der spanischen Oligarchie, die insgesamt, unabhängig von möglichen künftigen Formen, faschistisch ist, kritischen Augenblick steht ihr eine Arbeiterklasse und ein Volk kämpferisch gegenüber, das entschlossen ist, selbst das Wort zu ergreifen und durch den revolutionären Kampf seine eigene Lösung zu erzwingen: die föderative Volksrepublik.

Die KPD/ML freut sich über die Fortschritte und Erfolge ihrer Bruderpartei auf allen Gebieten und über das wachsende Ansehen der FRAP. Sie freut sich über die vernichtenden Schläge, die die KPSp/ML dem Carrillo-Revisionismus, dieser Marionette und Agenten des russischen Sozialimperialismus in Spanien, versetzt, so daß dieser täglich mehr vor der Arbeiter- und Volksbewegung entlarvt dasteht, wie es sich in der Tatsache zeigt, daß die Carrillo-Gruppe unfähig ist, die augenblicklichen Arbeiterkämpfe, die seiner Einflußnahme und Kontrolle entglitten sind, zu bremsen.

Die Position der KPSp/ML gegenüber der Gefahr eines vom Yankee-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus entfesselten neuen Weltkrieges ist klar und bekannt: Es geht darum, die Volksmassen und alle antiimperialistischen Kräfte zu mobilisieren, um einen solchen Krieg zu verhindern. Sollte er dennoch ausbrechen, dann ist der zwischenimperialistische Krieg in einen revolutionären Krieg gegen die beiden Supermächte zu verwandeln. Sollte eine der Supermächte eine Aggression begehen, tritt die KPSp/ML dafür ein, ihr mittels des bewaffneten revolutionären Kampfes den Krieg für die nationale Unabhängigkeit entgegenzusetzen. Die KPD/ML ist überzeugt, daß ihre Bruderpartei es verstehen wird, die breiten Massenkämpfe, die augenblicklich ganz Spanien erschüttern, auf höhere revolutionäre Ebenen zu erheben und mit festem Schritt zum Volkskrieg fortzuführen, durch den das spanische Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit erringen und die föderative Volksrepublik errichten wird.

Aus Anlaß dieses Gespräches richten beide Parteien herzliche Kampfesgrüße an die Brudervölker von Kambodscha und Vietnam, die durch den Volkskrieg und unter großen Opfern den Yankee-Imperialismus und seine Marionetten völlig besiegt haben. Beide Parteien richten ebenso brüderliche Kampfesgrüße an die Partei der Arbeit Albaniens und an die Kommunistische Partei Chinas sowie an alle Bruderparteien, die in verschiedenen Schützengräben und unter verschiedenen Bedingungen gemeinsam gegen die Feinde aller Völker der Welt im Kampf stehen: den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus sowie die gesamte Weltreaktion.

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE EINHEIT ZWISCHEN DEM SPANISCHEN UND DEUTSCHEN VOLK!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

ES LEBE DER AKTIVE PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

SPENDEN FÜR DAS BEFREITE KAMBODSCHA

In der Zeit vom 20. 12. 74 bis 16. 6. 75 gingen folgende Spenden zur Unterstützung des freien Kambodscha ein:

20. 12., KSB/ML, Westberlin, 57 DM – 3. 4., Jugendtreff Hamburg-Altona (für Vietnam), **40,99 DM – 17. 4., Jugendtreff RG Hamburg-Langenhorn, 9 DM – 17. 4., Buchladen „Roter Morgen", Westberlin, 50 DM – 21. 4., W. K., Essen, 10 DM – 22. 4., K. R. Bremen, 100 DM – 22. 4., OG Reutlingen, 150 DM – 23. 4., K. Sch., Grafenrheinfeld, 30 DM – 24. 4., W. J., Stuttgart, 100 DM – 25. 4., H. T., Rüsselsheim, 93,50 DM – 25. 4., Skatrunde Kassel, 13 DM – 28. 4., Arbeiterrunde Osram, Berlin, 91,50 DM – 29. 4., W. H., Sternsdorf, 50 DM – 29. 4., Sympathisantenkreis Freiburg, 25 DM – 29. 4., Arbeiterrunde Kiel-Friedrichsort, 13,35 DM – 29. 4., Arbeiterrunde Kiel-Friedrichsort, 110,99 DM – 29. 4., Buchladen „Roter Morgen", Westberlin, 200 DM – 2. 5., R. H., Hamburg, 500 DM – 2. 5., Leserrunde Westberlin, 132,55 DM – 2. 5., S. A., Bordesholm, 100 DM – 5. 5., H. N., Kiel, 250 DM – 6. 5., M. S., Hamburg, 30 DM – Summe in diesem Zeitraum: 2 155,08 DM. Wird fortgesetzt.**

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

27 Jahre bewaffneter Kampf des Volkes

Am 20. Juni feiert das malaysische Volk den 27. Jahrestag des Beginns seines Volkskrieges. Von seiner kommunistischen Partei geführt, griff das malaysische Volk vor 27 Jahren zu den Waffen und beschritt den schwierigen, jedoch sicheren Weg, um den großen Sieg zu erlangen, den Weg des bewaffneten Kampfes. Im Feuer dieses Kampfes entstand die nationale Befreiungsarmee, die die ererbte revolutionäre Tradition des Widerstands des malaysischen Volkes gegen die japanische Aggression weiterführte.

Die Armee stählte sich und bildete sich zu einer unbesiegbaren Volksarmee heran. Unzählige Schwierigkeiten und Hindernisse überwindend, im ständigen Kampf mit dem Gegner, marschierte die malaysische Befreiungsarmee nach Süden, wobei sie neue Partisanengebiete und Basen schuf und wichtige Erfolge errang. Der siegreiche Verlauf des bewaffneten Kampfes versetzte den Imperialisten und ihren Lakaien schwere Schläge. Er beflügelte die breiten Volksmassen und verbreitete sich dadurch in alle Teile des Landes. Die Freiheitskämpfer stellen dem Feind Fallen, sie verminen die Straßen, nehmen Patrouillen gefangen, greifen Züge und wichtige Straßen an und zerstören Militärobjekte an der Grenze zwischen Malaysia und Thailand. Oft dringen die malaysischen Patrioten, wie die Nachrichtenagenturen berichten, bis in die Nähe von Kuala Lumpur vor. **Die bewaffneten Aktionen der Patrioten haben sich nach der Niederlage des US-Imperialismus in Kambodscha und Vietnam zunehmend verstärkt.** Unter den Bedingungen dieses starken Aufloderns des Volkskrieges manövrieren die faschistische Clique Malaysias und ihre amerikanischen Schutzherren schon seit längerem und setzen alles in Bewegung, um der Lage Herr zu werden.

„Die amerikanischen Imperialisten", so wird in einer Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Malaysias betont, *„haben nicht nur die verbrecherischen Akte der faschistischen Clique und den Massenmord angespornt, sondern sie haben selbst diese Verbrechen geleitet und dem reaktionären Regime große Militärhilfe gegeben. Auch die sowjetischen Sozialimperialisten haben sich verpflichtet, dem Regime eine beträchtliche Militärhilfe zu gewähren, und sie stoßen unverschämte Verleumdungen gegen die Kommunistische Partei Malaysias aus. Mögen sich aber die machthabende Clique und ihre Schirmherren noch so sehr mühen, die Flammen des Befreiungskampfes des leidgeprüften malaysischen Volkes können nicht gelöscht werden. Das malaysische Volk wird früher oder später unbedingt siegreich sein, weil sein Kampf ein gerechter Kampf ist!"*

Aus aller Welt

ZIMBABWE

In Zimbabwe nimmt der Kampf der patriotischen Kräfte gegen die Herrschaft des rassistischen Smith-Regimes neue Ausmaße an. Immer mehr rhodesische Söldner werden von den Kämpfern Zimbabwes aufgerieben. Besonders in einigen Gebieten haben die Patrioten ihre Aktionen beträchtlich gesteigert. Die Verluste der Söldnertruppen waren sehr groß. Durch diese Niederlagen rasend geworden, versuchen die Rassenhetzer Smiths den bewaffneten Widerstand des Volkes von Zimbabwe zu erdrosseln. Zu diesem Zweck tagte dieser Tage das rhodesische Parlament, dem Smith eine Reihe von neuen „Sicherheitsmaßnahmen" unterbreitete, die gegen den Volkskampf gerichtet sind. Auf diese Maßnahmen eingehend erklärte ein Sprecher des Regimes, all diejenigen auf rhodesischem Territorium zu liquidieren, die gegen das machthabende Regime sind. Deshalb, wie es die Patrioten Zimbabwes wiederholt erklärt haben, ist die einzige Sprache, die die Rassisten verstehen, der bewaffnete Kampf gegen sie.

PALÄSTINA

Wie die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA berichtet, antwortete die palästinensische Artillerie entsprechend auf die verbrecherischen Angriffe der israelischen Zionisten am 2. Juli gegen die palästinensischen Lager in Ain Helweh und schoß vier feindliche Flugzeuge ab. Ferner verlautet, daß ein israelischer Pilot gefangengenommen wurde, als er sich mit dem Fallschirm aus seiner in Flammen aufgehenden Maschine stürzte.

Im palästinensischen Flüchtlingslager von Ain Helweh verurteilten palästinensische Einwohner die verbrecherischen Akte der israelischen Zionisten. Einer der palästinensischen Führer betonte dabei, daß die Palästinenser in ihrem heftigen Kampf sich stets das Ziel vor Augen halten: die Befreiung Palästinas. „Wir werden niemals in die Knie gehen!", betonte er und brachte die Zuversicht zum Ausdruck, daß der Endsieg mit Sicherheit dem palästinensischen Volk gehören wird.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Krankenhäuser Münster

Kein Ausbildungsplatz für Kommunisten

„Nach eingehender Besprechung mit den für die Einstellung zuständigen Stellen kann ich mich leider nicht entschließen, Sie als Lernpfleger am hiesigen Landeskrankenhaus einzustellen. Ich bedauere daher, Ihnen einen abschlägigen Bescheid erteilen zu müssen . . ." So oder ähnlich klingen die Antworten von Krankenhäusern und Ärzten, bei denen sich der Genosse Harald in Münster um eine Ausbildungsstelle beworben hat. Vor einem 1/4 Jahr war er von einem Krankenhaus, wo er 2 Jahre als Pflegehelfer gearbeitet hat, auf kaltem Weg gekündigt worden. Sein Ausbildungsvertrag wurde nicht verlängert.



In der Zeit am Krankenhaus hat er seinen Kollegen den Zusammenhang ihrer Arbeitssituation mit der Krise des kapitalistischen Systems erläutert und den Ausweg gezeigt: Kampf gegen Lohnraub, Krise und politische Unterdrückung, für den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats. Als es galt, gegen den Rausschmiß einer Genossin und die Kündigung von vier Krankenpflegeschülern zu kämpfen, war er ebenso dabei wie bei der Unterstützung der Zulassung der KPD/ML zu den Landtagswahlen. Für sein mutiges Eintreten bei der Vertreibung der Jungnazis der NPD und für die Rede,die er bei einer Demonstration zu der Ermordung von Genossen Günter Routhier hielt, wurde er von der bürgerlichen Klassenjustiz vor Gericht gezerrt.

Zu dieser Zeit schaltete sich „plötzlich" die Krankenhausverwaltung ein und stellte fest: Die Planstellen seien besetzt und der Genosse dürfe nicht weiterbeschäftigt werden. Diese fadenscheinige Lüge wurde von der Betriebszeitung der Partei „Im Kampf voran!" vor den Kollegen und Patienten entlarvt. Natürlich gaben die Herren nicht zu, daß es nur darum geht, die kommunistische Gesinnung des Genossen zu unterdrücken, doch die Tatsachen sprechen für sich. Besonders in der Zeit nach der Kündigung, als sich der Genosse bemühte,eine neue Arbeit zu finden, wurde das an den Reaktionen deutlich: Chefärzte und Krankenhäuser waren von der bereits vorhandenen Qualifikation des Genossen angetan. Sie waren froh, jemand für den schweren Dienst des Pflegers gefunden zu haben. Insbesondere die vorhandene Misere in den Krankenhäusern veranlaßte sie, mündliche Zusagen zu geben: „Also Herr . . ., bis zum soundsovielsten dann, Sie sind genau der richtige Mann für uns!"

Als dann der Tag kam, wo die Bestätigung kommen sollte, war davon nicht mehr die Rede. Da flatterte dem Genossen nur der Brief mit der Absage auf den Tisch. Nun war ganz egal, daß dringend Pfleger gebraucht wurden, dann spielt es keine Rolle, daß die Versorgung der Kranken miserabel ist. **Das ist das scheinheilige Gerede von der „ärztlichen Versorgung im Dienste der Menschen". Für die Unterdrückung eines Kommunisten ist der Bourgeoisie und ihren Lakaien egal, wie sehr die Kranken unter der mangelhaften Betreuung leiden, wie Schwestern und Pfleger sich abhetzen müssen, um wenigstens annähernd den Patienten zu Hilfe kommen zu können.**

Sojus - Apollo

Ablenkungsmanöver im All

Es war der „historische Händedruck". Die beiden Supermächte, besonders die sowjetischen Sozialimperialisten, konnten nicht laut genug den Nutzen der Unternehmung Sojus-Apollo für die Völker bejubeln. Für ein paar Tage diente das Projekt dazu, „neue Zeiten in den zwischenmenschlichen Beziehungen zu eröffnen."

Der politisch-propagandistische Charakter des ganzen Unternehmens wurde am Verhalten der Kremlzaren besonders deutlich. Das sowjetische Volk wurde in einer bisher nicht dagewesenen Art und Weise mit Meldungen versorgt die dafür Beispiel geben sollten, daß jetzt ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den Völkern aufgeschlagen sei. Überall wurde das Bemühen der Sozialfaschisten deutlich, dem sowjetischen Volk wie der ganzen Welt ihre „Friedensbereitschaft" und „Kooperationsfähigkeit" mit den amerikanischen Imperialisten vorzuspielen. Keinem anderen Zweck diente auch der Propagandafeldzug der US-Imperialisten. Die Möglichkeit der „Zusammenarbeit zum Nutzen der Menschheit" spielte auch hier die entscheidende Rolle. Zugleich bekannten sie, daß der technische Nutzen unbedeutend war.

Warum war den imperialistischen Supermächten ihre Superschau im Weltraum das Geld wert, obgleich sie doch beide in tiefen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken? Ihre „Friedensraketen" sollen vergessen machen, daß der Aufmarsch mit Atomraketen immer stärker wird. Die Widersprüche zwischen beiden Imperialisten haben sich in den letzten Jahren entgegen allem Entspannungsgeschwätz verschärft. Vor kurzem haben die Sozialimperialisten ihre Testreihe mit noch verheerenderen Atomraketen abgeschlossen und die Worte des US-Kriegsministers Schlesinger klingen noch im Ohr, daß auch die amerikanischen Imperialisten bereit sind, Europa mit einem Atomschlag in Schutt und Asche zu verwandeln.

Bei ihren Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg ist ihnen die Wachsamkeit der Völker im Wege. Deswegen einigten sich Nixon und Breschnew bereits vor 3 Jahren darauf, die Schau im All abzuziehen. **Das Projekt Sojus-Apollo ist nicht, wie behauptet wird, die neue Phase der Entspannung sondern im Gegenteil Ausdruck davon, wie sehr sich die Widersprüche der Supermächte verschärft haben, welche Anstrengungen sie zu unternehmen bereit sind, um die Völker zu täuschen. Ihre zeitweilig praktizierte Zusammenarbeit ist gegen die Völker der Welt gerichtet.** Die Beteuerungen eines Dobrynin: „Die Welt ist klein genug für unsere beiden Staaten, aber nicht groß genug für einen Atomkrieg" zerplatzen wie eine Seifenblase am Arsenal von Atomgranaten.

Neben den allgemeinen Friedensparolen wird der friedliche Charakter der Raumfahrt beschworen. Eine Lüge, waren doch bereits Ende 1971 500 amerikanische und 400 sowjetische Satelliten im Kosmos, die ausschließlich militärischen Aufgaben dienen. Und die Erfindungen? Computertechnik, die Bratpfanne mit Teflonbeschichtung oder jetzt die Experimente zur Erforschung des Krebs sollen uns weismachen, daß die Raumfahrt der Imperialisten für und nicht gegen uns gerichtet ist. Sicherlich, es sind großartige Erfindungen gemacht worden, doch zu wessen Nutzen?

Genosse Enver Hoxha sagt: **„Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika fahren in den Weltraum und starten unzählige Satelliten. Menschen und Staaten wiederholen, diese Erfindungen „gehören der Menschheit" und sind für „ihr Wohl" geschaffen. Es sind auch tatsächlich große Erfindungen, doch in wessen Händen befinden sie sich? Wer zieht den Nutzen aus ihnen und zu welchem Zweck werden sie verwendet? Werden sie zum Wohl der Menschheit benutzt, oder werden sie verwendet, um im Dienst der Supermächte Völker und Staaten auszuspionieren? Konnte etwa die Gefahr aggressiver Kriege verhindert werden? Keineswegs! – Werden etwa Hunger und Elend auf der Welt abgeschafft? Im Gegenteil, sie nehmen ständig zu! – Wurde das Leben der Armen verbessert und die Gewalt der Reichen beseitigt? Das Gegenteil ist der Fall! – Die „Erfolge der Menschheit besingen" bedeutet soviel wie zum Ausrufer der kapitalistischen und revisionistischen Supermächte zu werden."**

Diese Bütteldienste vor dem Kriegskarren der Sozialimperialisten leistet vor allem die D„K"P. Sie tönt: „Die Kraft des Fortschritts und des Strebens nach Frieden ist jedoch in der Welt von heute stärker, als die ewig Gestrigen und die Miesmacher vom Dienst . . ." Den Vogel an Demagogie schießen die sowjetischen Raumfahrer ab. Angesichts der hektischen Aufrüstung, den Militärausgaben von schwindelnder Höhe „wünscht" Kosmonaut Kubassow allen Kindern nie wieder Krieg. In seinem grenzenlosen Zynismus schämt sich dieser Lakai nicht, mit der Liebe der Eltern zu ihren Kindern zu spekulieren, das Glück der Kinder in die schmutzige Propaganda miteinzubeziehen.

Die verlogenen Argumente der Supermächte und ihrer Nachbeter aller Schattierungen können nicht darüber hinwegtäuschen: Raumfahrt wird erst dann im Dienst der Menschheit stehen, wenn die Völker in der sozialistischen Revolution mit ihren Ausbeutern und Unterdrückern Schluß gemacht haben. Auf diesem Weg gilt es, den Zusammenschluß der Völker Europas im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte voranzutreiben.



Raumfahrt im Sozialismus: Begeistert hören die Menschen Chinas, daß der Start ihres ersten Satelliten erfolgreich war. Er ist Ausdruck des revolutionären Geistes und der Schöpferkraft der werktätigen Massen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte
Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum........ Unterschrift........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 30/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/ 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 15 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen/Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Ab sofort:

Neue Telefonnummern für Redaktion ROTER MORGEN und Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103

Vorwahl 0231

43 36 91

und

43 36 92

DEMONSTRATION

KÖLN-NIPPES

Solidaritäts - Demonstration für die vier inhaftierten türkischen Patrioten und Antifaschisten, Samstag, 26. Juli, 11 Uhr, Wilhelmsplatz. Schlußkundgebung 13 Uhr, Neumarkt.

VERANSTALTUNG DER RHD

MÜNCHEN

„Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi", 26. 7., 18 Uhr, Elsäßer Str./Breisacher Str., Gaststätte „Klostergärten".

Die Ortsgruppe München der Partei hält eine Rede auf dieser Veranstaltung zur Vorbereitung des Roten Antikriegstages.